

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 7. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am  
25.02.2015**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 14:00 Uhr bis 18:51 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

## Anwesend sind:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Hendrik Lange	Vorsitzender des Stadtrates	
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 14:26 Uhr
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Frank Sängner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 15:00 Uhr
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Ulrike Wünschler	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Swen Knöchel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Stan Meerheim	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	bis 19:30 Uhr
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion	bis 16:38 Uhr
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion	
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion	
Katharina Hintz	SPD-Fraktion	ab 15:00 Uhr
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion	
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion	
Johannes Krause	SPD-Fraktion	bis 17:45 Uhr
Bernward Rothe	SPD-Fraktion	ab 14:30 Uhr
Kay Senius	SPD-Fraktion	
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion	
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis 18:10 Uhr
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dietmar Weihrich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	14:33 bis 19:32 Uhr
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Sabine Wolff	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Helmut-Ernst Kaßner	Stadtrat	ab 14:10 Uhr
Markus Klätte	Stadtrat	
Gisela Wagner	Stadträtin	
Gerhard Pitsch	Stadtrat	

Egbert Geier  
Uwe Stäglin  
Dr. Judith Marquardt  
Tobias Kogge  
Sabine Ernst  
Oliver Paulsen  
Marco Schreyer  
Anja Schneider

Bürgermeister  
Beigeordneter  
Beigeordnete  
Beigeordneter  
Verwaltung  
Verwaltung  
Verwaltung  
Verwaltung

**Entschuldigt fehlen:**

Dr. Karamba Diaby  
Elisabeth Nagel

SPD-Fraktion  
Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI

## zu **Einwohnerfragestunde**

---

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur 7. Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

### **Herr Rolf Herrmann zur Entwicklung der Merseburger Straße**

---

**Herr Herrmann** fragte nach:

1. Wie stellt sich die Stadt Halle die weitere Entwicklung und das Konzept für die Merseburger Straße als Hauptverkehrsader Nord-Süd-Verbindung Halle Norden – Halle Süden vor?
2. Welche Kriterien für die Entscheidung sind notwendig, dass ein Konzept umgesetzt wird?
3. Wann soll es umgesetzt werden?
4. Wie stellt sich die Stadt Halle im Zusammenhang mit diesem Konzept die weitere Entwicklung der Stadt Halle vor?

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass heute eine Vorlage eingebracht werde, mit welcher der Stadtrat die Möglichkeit habe, eine Abstimmung über das Thema Aufhebung des Beschlusses zur Vierspurigkeit herbeizuführen, nachdem im letzten Monat ein ähnlich lautender Antrag durch die antragstellenden Fraktionen zurückgezogen wurde.

Jetzt gäbe es die Situation im Rat, bei der auf der einen Seite ein Beschluss zum Aufweitungsverlangen an der Brücke Rosengarten steht und andererseits nicht vom Rat das beschlossen wurde, was im Zuge des Beschlusses erarbeitet worden ist. Die Variante 1 war der Vorschlag der Verwaltung zur Umsetzung des Ratsbeschlusses.

Des Weiteren erinnerte er daran, dass mit dem zweiten Teil des Beschlusses die Verwaltung in die Lage versetzt werde, mit der Bahn die notwendige Planungsvereinbarung abzuschließen.

Aus diesem Grund liege noch einmal die Beschlussfassung im Stadtrat vor.

Bezüglich des gesamten Verkehrskonzeptes sei zu berücksichtigen, dass die Osttangente noch nicht komplettiert ist.

Außerdem befinde man sich im Entwicklungsprozess des Verkehrsentwicklungsplanes Hauptstraßennetz, aus welchem es kein fachliches Erfordernis für ein Aufweitungsverlangen an der Brücke Rosengarten aufgrund der Verkehrszahlen gibt.

Bezogen auf die Merseburger Straße führte **Herr Beigeordneter Stäglin** aus, dass sein Bereich in der Endabstimmung bei der Vorbereitung der Vorlage des nördlichen Abschnittes der Merseburger Straße im Rahmen des Stadtbahnprogramms sei. Dies wäre der Gestaltungsbeschluss, mit dem sich der Rat in diesem Jahr auch noch auseinandersetzen müsse.

Er wies weiter darauf hin, dass durch den Querschnitt keine durchgehende Vierspurigkeit klassischer Art und Weise ermöglicht werden kann, weil keine Abrissvorschläge im Bereich der Merseburger Straße formuliert werden.

Für den mittleren und südlichen Abschnitt der Merseburger Straße werde im Zuge des Stadtbahnprogramms durch den Maßnahmeträger HAVAG auf Basis der geltenden Beschlüsse eine Untersetzung in die weitere Planung aufgenommen. Grundsätzlich gehe man von einer Vierspurigkeit aus. Jedoch werde es auch Engstellen, wie zum Beispiel am Bergmannstrost, geben.

### **Herr Wolfgang Meissner zur Merseburger Straße**

---

**Herr Meissner** sprach im Namen des Bürgervereins „Stadtgestaltung Halle“ zum Thema Aufweitung der Rosengartenbrücke.

Halle verfüge durch sich kreuzende Bundesstraßen und durch ein weitgehend leistungsfähiges innerstädtisches Straßenachsenkreuz über eine Geländestruktur, die heute für Halle typisch sei. Abgesehen von einigen Schwachstellen funktioniere dies gut. Eine Schwachstelle stellt die Verengung der Merseburger Straße unter der Eisenbahnbrücke am Rosengarten dar. Die über zehn Kilometer lange Straße verjüngt sich hier von vier auf zwei Fahrspuren.

Die Stadt sollte heute weitsichtiger sein und die Möglichkeit der Verbreiterung auf vier Spuren beschließen, da sich diese Möglichkeit in absehbarer Zeit nicht wiederholen werde.

Er machte weiter darauf aufmerksam, dass die Investition in die Zukunft nicht von einer Momentaufnahme abhängig gemacht werden sollte, sondern der Verkehr zum jetzigen Zeitpunkt als einziges Kriterium gewertet werden müsse.

Der finanzielle Anteil der Stadt sei eine Investition in die Zukunft. Außerdem schaffe die Stadt Halle an dieser Stelle die Voraussetzung, im Rahmen des Stadtbahnprogramms die Fördermittelrichtlinien einzuhalten und den öffentlichen Nahverkehr vom KFZ-Verkehr räumlich zu trennen.

**Herr Meissner** stellte fest, dass sich der Stadtrat und die Stadt dieser Argumentation nicht verschließen können.

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass mit der im Jahr 2011 erklärten Position der Stadt gegenüber der Bahn, die Kriterien des Stadtbahnprogramms eingehalten werden können.

Anhand von umfangreichen Zählungen lägen die jetzt vorliegenden Ergebnisse vor, auch unter Berücksichtigung, dass die Osttangente noch nicht zur Verfügung stand. Diese stellt ein Stück Kompensation für die verlorengelassene Verkehrsfläche für den Individualverkehr in der Merseburger Straße dar.

Abschließend wies er auf die heutige politische Beschlussfassung im Stadtrat hin, welche notwendig sei, um der Bahn ein aktuelles Votum mitteilen zu können.

## **Herr Andreas Neumann zur Merseburger Straße**

---

**Herr Neumann** stellte sich als Vorsitzender der SG Rosengarten vor. Er machte darauf aufmerksam, dass bei einer Nichtaufweitung der Brücke die Einwohner eine massive Verschlechterung ihrer Lebensqualität durch Staus, erhöhte Immissionen und schlechte Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel befürchten.

Die Merseburger Straße sei die wichtigste Nord-Süd-Verbindung in Halle. Dies sehe auch die IHK so und fordere den Erhalt der Vierspurigkeit und die Aufweitung der Rosengartenbrücke.

Sollte es heute zu einer Aufhebung des Beschlusses kommen, gäbe es keine regelkonformen Fuß- und Radwege und auch keine ordentliche Fahrspur im Bereich der Rosengartenbrücke.

Weiterhin machte **Herr Neumann** darauf aufmerksam, dass nach seinen Informationen die HAVAG noch nicht in die Planungen eingebunden wurde.

**Herr Neumann** fragte an:

1. Als Sie 2011 mit dem Bundesverkehrsministerium zum Thema Aufweitung der Rosengartenbrücke gesprochen haben, wurden damals schon alle Möglichkeiten ausreichend berücksichtigt?
2. Was sagt die HAVAG dazu, dass sie in Höhe der Rosengartenbrücke kein regelkonformes separates Gleisbett bekommt?
3. Ist dann in diesem Bereich der Rosengartenbrücke das Stadtbahnprogramm überhaupt noch förderfähig?
4. Was sagen Sie dem Verkehrsminister von Sachsen-Anhalt, der gerade in den letzten Tagen ganz groß die Vierspurigkeit in Merseburg, dort wurde die B 91 modernisiert, was sagen Sie dem, wenn hier in Halle die Merseburger Straße zurückgebaut wird?
5. Als damals die Rosengartenbrücke gebaut wurde, wurde relativ breit gebaut, Autoverkehr gab es so gut wie gar nicht. Geben Sie mir recht, das damals nach den Ansichten der Stadtverwaltung eine Brücke gereicht hätte, die so breit ist, wie zwei Ochsenkarren?

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, antwortete dahingehend, dass im Jahr 2011, als das Bundesverkehrsministerium befragt wurde, ob die Stadt ein Aufweitungsverlangen aufgrund nicht regelkonformer Geh- und Radwege gestellt habe, das Stadtbahnprogramm noch nicht als Grundsatzbeschluss im Stadtrat beschlossen war. Jedoch war es schon in Vorbereitung und wurde in der Verwaltung inhaltlich, insbesondere auf Seiten des Stadtwerkekonzerns, betrachtet.

Zur Frage der Beteiligung der HAVAG teilte **Herr Beigeordneter Stäglin** mit, dass diese in die Abstimmung mit der Bahn einbezogen sei, um das Harmonisieren zwischen Stadtbahnmaßnahme und Eisenbahnüberführung Rosengarten zu erreichen. Dabei habe die HAVAG keine Probleme, bezogen auf die Förderung des Stadtbahnprogramms, artikuliert. Es soll unter der Brücke ein separater Gleiskörper hergestellt werden, was dazu führt, dass es nicht mehr eine Überfahrbarkeit des Gleisbettes gibt und damit nur noch eine Richtungsfahrbahn.

In Bezug auf die Mitteilung an Herrn Verkehrsminister Webel machte **Herr Beigeordneter Stäglich** deutlich, dass er versuchen werde, ihm die Position in der Stadt zu erklären. Auch ein Minister des Landes werde über bestehenden Verkehrszählungen und Prognosen und die Betrachtung im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes nicht hinweggehen können.

## **Herr Hartmut Kreidel zur Merseburger Straße**

---

**Herr Kreidel** fragte an:

1. Herr Stäglich, warum setzt sich die Stadt Halle bei der Umsetzung des Stadtbahnprogramms, entgegen Ihrer Zusage auf der Einwohnerversammlung vom 14. April 2014, über den Bürgerwillen der Anwohner hinweg?

Mit dem Programm soll eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs erreicht werden, was heißt, die Infrastruktur müsse nach den Bedürfnissen der Anlieger angepasst werden.

Durch eine Beibehaltung der Brückenengpässe komme es zu einer Verschlechterung, weil es nur noch jeweils eine drei Meter breite Richtungsspur für die Pkw gäbe. Damit sei auch kein Platz mehr für eine Linksabbiegespur, um in das Wohngebiet zu gelangen.

2. Es gibt keine regelkonformen Rad- und Fußwege, trotz Bulkverkehr, speziell auf der Westseite mit Zugang zu den S-Bahnsteigen. Das Sicherheitsbedürfnis der Radfahrer wird hier, wie meistens in der Stadt, ignoriert und die Konfliktsituation mit den Fußgängen bleibt durch diese untermaßigen Verhältnisse bestehen.
3. Die Beibehaltung und barrierefreie Herstellung der Straßenbahnhaltestelle an dieser wichtigen Umsteigestelle zur S-Bahn ist dann aus Platzgründen nicht mehr möglich und geht für das Wohngebiet verloren. Das führt bei mobilitätseingeschränkten Verkehrsteilnehmern zu weiteren Erschwernissen und ist bestimmt nicht förderfähig. Bei so großen Umbaumaßnahmen, wie an der Brücke, sind Regelmaße nach gültigen Planungsrichtlinien, wie z. B. für die Anlage von Stadtstraßen, anzuwenden und keine Mindestmaße nach Verwaltungsvorschrift.

Abschließend stellte **Herr Kreidel** fest, dass es noch kein Konzept zur Vorplanung in diesem Bereich der Straße gäbe.

Auch sei nach seinen Informationen die HAVAG als Maßnahmeträger bisher noch nicht in die Entscheidungen eingebunden und auch die Anwohner sollen vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Mit der Beibehaltung der Brückenengstelle würden alle späteren Optionen für regelkonforme Lösungen in den nächsten Jahrzehnten verhindert.

**Herr Stäglich, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, erinnerte daran, dass die Stadtverwaltung schon im letzten Jahr eine Vorlage unterbreitet habe, die aber keine Mehrheit fand, wie der Stadtratsbeschluss umzusetzen sei.

Des Weiteren machte er deutlich, dass die Verantwortlichen der HAVAG für das Stadtbahnprogramm in die Abstimmungsgespräche eingebunden seien.

Ziel der Stadt sei auch, den Regionalbahnverkehr mit Halt der Regionalexpresszüge am Bahnhof Rosengarten, nicht zur Dauerlösung werden zu lassen. Dies sei nur eine baustellenbedingte Lösung, welche aufgrund der Bauarbeiten am Hauptbahnhof erfolgt. Innerhalb der Verwaltung wurde klar darüber gesprochen, gegenüber der NASA deutlich machen zu wollen, keine Verschlechterung der Schienenanbindung zuzulassen.

Zum Thema der Fußgänger- beziehungsweise Nutzerströme werde von Seiten der HAVAG klar mitgeteilt, dass der Schwerpunkt der Nutzer der Straßenbahn nicht im Bereich Rosengarten, sondern südlich der Brücke liege. Deswegen habe es auch die Überlegung gegeben, die Haltestelle zu verschieben. Die genaue Position sei aber noch nicht geplant.

Aus diesem Grund wurde in der Vorlage zum Aufweitungsvorschlag eine Variante mit der Haltestelle direkt unter der Brücke aufgeführt. Diese Variante wurde aus Kosten- und Platzgründen jedoch verworfen, so dass eine Einordnung der Haltestelle mit etwas Abstand zur Brücke, unabhängig von der Aufweitung, gefunden werden muss.

## **Herr Torsten Fritz zu Transparency International**

---

**Herr Fritz** fragte an, wer in Bezug auf das Verfahren zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes die Interessen der Stadt Halle vertreten habe.

Er informierte über die öffentliche Anhörung am 02.10.2014, in der Herr Lux, Geschäftsführer der Stadtwerke Halle GmbH, auftrat, und darauf hinwies, dass seine Ausführungen mit der Stadt Halle abgestimmt seien und auch deren Meinung wiedergebe.

In diesem Zusammenhang fragte **Herr Fritz** an:

1. In welcher Form ist Herr Lux beauftragt worden, dort die Interessen der Stadt Halle, die Meinung der Stadt Halle dort darzulegen?
2. Gibt es dort eine schriftliche Fixierung, kann man die einsehen?
3. Wie sieht die Meinung der Stadt Halle in dieser Frage aus?

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, machte Herrn Fritz darauf aufmerksam, dass er bei der Anmeldung zur Einwohnerfragestunde das Thema Transparency International benannt habe.

Dazu äußerte sich **Herr Fritz** dahingehend, dass seiner Meinung nach die Mitgliedschaft der Stadt Halle in Transparency International nicht mehr angebracht sei.

Er beehrte die Formulierung eines Austrittsgesuches, weil, gemessen an den hohen Kriterien, die dort angesetzt werden, die Stadt Halle (Saale) dieser Mitgliedschaft nicht gerecht wird.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, wies darauf hin, dass die Position der Stadt Halle zum Thema der Abfallgebühren und der Möglichkeit der Staffelung aus den juristischen Auseinandersetzungen bekannt sei. Diese Position sei zwischen Herrn Lux und der Stadtverwaltung abgestimmt gewesen. Bezüglich einer schriftlichen Beauftragung an Herrn Lux könne er im Moment keine Auskunft geben.

Es gäbe aber auch die Möglichkeit, innerhalb des Konzerns Stadt sich in Gesprächen abzustimmen und zu verabreden, wie eine Positionierung möglich wird.

**Herr Fritz** fragte nach, ob es eine dezidierte Beauftragung an Herrn Lux gab, die Meinung der Stadt Halle bei der Anhörung zu vertreten.



Durch **Herrn Beigeordneten Stäglin** wurde dies bejaht. Die Meinung sei abgestimmt und Herr Lux beauftragt worden.

Abschließend erklärte **Herr Fritz**, dass er zum Thema Transparency International die nächste Stadtratssitzung bezüglich des Austritts der Stadt Halle abwarten werde. Falls nicht beschlossen wird, sich davon zurückzuziehen, werde er „an der Mitgliedschaft sägen“.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** berichtete, dass die Satzungen in einem ordnungsgemäßen Verfahren entstehen und in den Ausschüssen intensive Beratungen dazu stattfinden. Impulse der Bürgerinnen und Bürger zu den Satzungen würden geprüft und es gäbe auch die Möglichkeit, in die Akten der Berechnungsunterlagen einzusehen, die innerhalb der Verwaltung vorlägen.

Deshalb sehe er keinen Grund, einen Austritt bei Transparency International zu ersuchen.

### **Herr Rodney Thomas zur Breitbandversorgung**

---

Zum Thema Breitbandversorgung merkte **Herr Thomas** an, dass der Aufbau eines kompletten Breitbandnetzes nötig sei, wenn Halle eine IT-Zukunft haben möchte.

In diesem Zusammenhang fragte er an:

1. Wollen Sie, Herr Oberbürgermeister, dass Halle ein wichtiger IT-Standort bleibt?
2. Wünschen Sie, Herr Oberbürgermeister, dass Halle ein gutes globales IT freundliches Ansehen bekommt?
3. Können wir den dringend erforderlichen Aufbau eines Breitbandnetzes erleben?

Laut Aussage von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilen die Stadträte und die Verwaltung die Einschätzung von Herrn Thomas. Es wurde eine Summe in den Haushalt eingestellt, um ein entsprechendes Gutachten zum Breitbandausbau innerhalb der Stadt in Auftrag geben zu können. Daraus werden weitere Schritte abgeleitet.

### **Frau Christin Backstein zum Neubau Speedskate-Anlage**

---

**Frau Backstein** bedankte sich stellvertretend für ihren Verein bei Herrn Dr. Wiegand für die Bürgernähe und die bisherige Unterstützung.

Bezüglich des Bauprojektes ihres Vereins wies sie darauf hin, dass es durch Initiative der Verwaltung erhebliche Mehrkosten für den Verein bei der Realisierung des Bauprojektes Neubau Speedskate-Anlage gäbe. Diese seien durch den Halleschen ISC nicht zu stemmen. Die Finanzierung des Projektes in seinem Ursprung stehe zwar, doch die erheblichen Mehrkosten seien davon ausgenommen und Fördermittel, welche im fünfstelligen Bereich bereits freigegeben sind, drohen zu verfallen.

In diesem Zusammenhang fragte sie an, wie sich die Stadt vorstellt, die bisher entstandenen Mehrkosten zu finanzieren.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte darauf aufmerksam, dass schon sehr häufig über das Projekt gesprochen wurde und Bautätigkeiten auf einem Pachtgelände durchgeführt worden sind.

Er wies darauf hin, dass in der nächsten Woche eine Mitgliederversammlung der SG Motor stattfindet, die einen Beschluss herbeiführen muss, damit das Grundstück für die Speedskate-Anlage genutzt werden kann. Danach bestehe die Möglichkeit, weitere Bautätigkeiten durchzuführen. Zu möglichen Ersatzansprüchen könne er zum jetzigen Zeitpunkt keine Auskunft geben.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** empfahl Frau Backstein, die Mitgliederversammlung in der kommenden Woche sowie die Entscheidung der SG Motor abzuwarten.

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die 7. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hendrik Lange**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 53 Mitglieder des Stadtrates (92,98) anwesend.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 6.1 Jahresabschluss 2013 der Stadion Halle Betriebs GmbH  
Vorlage: VI/2015/00539  
*Abschließende Behandlung ausschließlich im Finanzausschuss.*
- 6.5 Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" - Satzungsbeschluss  
Vorlage: VI/2014/00303  
*Behandlung erst in der Märzsession des Stadtrates.*

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, begründete die Vertagung der Vorlage mit einer Änderung der Textfassung in Form der Ergänzung eines weiteren Punktes in der Begründung. Im Planungsausschuss sollten dazu noch einmal Erläuterungen gegeben werden.

**Herr Lange** informierte darüber, dass ein Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung gesetzt werden soll:

- 8.13 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Besetzung des Ausschusses für Stadtentwicklung mit einem sachkundigen Einwohner  
Vorlage: VI/2015/00662

**Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:**      **mehrheitlich zugestimmt**

Vorlage: VI/2015/00662

Damit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt 8.13 behandelt.

**Herr Lange** informierte über nachfolgende Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung:

8.1 Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung des „1. Hochwassertages“

Vorlage: VI/2015/00612

*Hierzu liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters unter TOP 8.1.1 vor.*

8.9 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung der Ruherechtsentschädigung zum Abbau des Investitionsstaus an Friedhöfen

Vorlage: VI/2015/00610

*Hier ist jetzt auch die CDU/FDP-Stadtratsfraktion Antragsteller.*

10.2 Mitteilung zur Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen zur Reduzierung von Personalaufwendungen im Zeitraum 2014 bis 2018 (VI/2013/11899)

*Die Mitteilung wurde noch entsprechend verteilt.*

8.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Jobcenter Halle (Saale)

Vorlage: VI/2015/00596

*Hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion unter TOP 8.4.1 vor.*

**Herr Cierpinski, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, bezog sich auf den Tagesordnungspunkt 8.3 und bat darum, diesen Antrag auf die Märzsitzung des Stadtrates zu vertagen.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, bat darum, die Niederschriften der Stadtratssitzung vom 28.01.2015 von der Tagesordnung zu nehmen und die Genehmigung um einen Monat zu verschieben, da ihm diese erst am Montag zugegangen sind.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:**      **einstimmig zugestimmt**

## **Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften vom 17. Dezember 2014 und 28. Januar 2015
- 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 17. Dezember 2014
- 3.2 *Genehmigung der Niederschrift vom 25. Januar 2015* *vertagt*
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung des Stadtrates vom 28.01.2015 gefassten Beschlüsse  
Vorlage: VI/2015/00615
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beschlussvorlagen
- 6.1 *Jahresabschluss 2013 der Stadion Halle Betriebs GmbH*  
Vorlage: VI/2015/00539 *abgesetzt*
- 6.2 Bebauungsplan Nr. 96 " Böllberger Weg/Saaleufer" - Beschluss zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und Einstellung des Aufstellungsverfahrens  
Vorlage: VI/2014/00254
- 6.3 Bebauungsplan Nr. 170 „Böllberger Weg/Mitte“ - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2014/00255
- 6.4 Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" - Abwägungsbeschluss  
Vorlage: VI/2014/00302
- 6.5 *Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" - Satzungsbeschluss*  
Vorlage: VI/2014/00303 *vertagt*
- 6.6 Gestaltungsbeirat 2015 - 2017  
Vorlage: VI/2014/00495
- 6.7 Nutzungsordnung der Konzerthalle Ulrichskirche  
Vorlage: VI/2014/00277
- 6.8 Berufung von drei Mitgliedern des Stadtrates in den Beirat der Volkshochschule "Adolf Reichwein"  
Vorlage: VI/2015/00540
- 6.9 Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut  
Vorlage: VI/2014/00462

- 6.9.1 Änderungsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/Die PARTEI, SPD und CDU/FDP zur BV Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut (Vorlage-Nr.: VI/2014/00462)  
Vorlage: VI/2015/00619
- 6.10 Aufhebung des Beschlusses zum Neubau einer Eisenbahnbrücke über die Merseburger Straße (V/014/12565)  
Vorlage: VI/2015/00627
7. Wiedervorlage
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung des „1. Hochwassertages“  
Vorlage: VI/2015/00612
- 8.1.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung des „1. Hochwassertages“ (VI/2015/00612)  
Vorlage: VI/2015/00657
- 8.2 Antrag der CDU/FDP Stadtratsfraktion zur elektronischen Abwicklung von Parkvorgängen  
Vorlage: VI/2015/00614
- 8.3 *Antrag des Stadtrates André Cierpinski (CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur fortlaufenden Berichterstattung über Fortgang und Entwicklung aller Verbindlichkeiten der Stadt Halle (Saale) – Schuldenbericht*  
Vorlage: VI/2015/00527 vertagt
- 8.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Jobcenter Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00596
- 8.4.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Jobcenter Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00661
- 8.5. gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion DIE LINKE / Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für zwei Sozialarbeiterstellen im Sozialraum II  
Vorlage: VI/2015/00576
- 8.6 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Werbung für das Engagement bei dem Technischen Hilfswerk und der Feuerwehr  
Vorlage: VI/2015/00572
- 8.7 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Mittel im Bereich der investiven Sportförderung  
Vorlage: VI/2015/00574

- 8.8 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Teilnahme von Flüchtlingskindern am Schulunterricht  
Vorlage: VI/2015/00609
- 8.9 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung der Ruherechtsentschädigung zum Abbau des Investitionsstaus an Friedhöfen  
Vorlage: VI/2015/00610
- 8.10 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/Die PARTEI und MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Förderung von Kunst im öffentlichen Raum  
Vorlage: VI/2015/00602
- 8.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Rahmenplans für das Gebiet am Steg  
Vorlage: VI/2015/00603
- 8.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Verzicht auf Gastspiele von Zirkussen, bei denen Wildtiere mitgeführt werden  
Vorlage: VI/2015/00604
- 8.13 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Besetzung des Ausschusses für Stadtentwicklung mit einem sachkundigen Einwohner  
Vorlage: VI/2015/00662
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage des Stadtrates Dr. Hans-Dieter Wöllenweber (CDU/FDP-Fraktion) zur Umsetzung eines Stadtratsbeschlusses aus dem Jahr 2011  
Vorlage: VI/2015/00601
- 9.2 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Kurzdarstellung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes  
Vorlage: VI/2015/00588
- 9.3 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Nutzung des halleischen Busbahnhofes für Fernbusse  
Vorlage: VI/2015/00589
- 9.4 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Erarbeitung und Umsetzung eines verwaltungsinternen Immobilienmanagements  
Vorlage: VI/2015/00590
- 9.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussfassung des künftigen Verkehrsentwicklungsplanes  
Vorlage: VI/2015/00592
- 9.6 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Veröffentlichung von Planungsverfahrenständen und Beteiligungsmöglichkeiten im Internet  
Vorlage: VI/2015/00593
- 9.7 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zu Investitionen bzw. zur Sanierung von Fußwegen  
Vorlage: VI/2015/00597

- 9.8 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Gesundheitsvorsorge und Prävention  
Vorlage: VI/2015/00598
- 9.9 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur EU-Service-Agentur Sachsen-Anhalt  
Vorlage: VI/2015/00599
- 9.10 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Umsetzung des beschlossenen Klimaschutzkonzeptes  
Vorlage: VI/2015/00600
- 9.11 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Sperrstundenregelung  
Vorlage: VI/2015/00616
- 9.12 Anfrage des Stadtrates André Cierpinski (CDU) zur Plakatierung im öffentlichen Raum  
Vorlage: VI/2015/00618
- 9.13 Anfrage des Stadtrates Dr. Karamba Diaby (SPD) zu Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Halle (Saale) mit einem ausländischen Pass  
Vorlage: VI/2015/00525
- 9.14 Anfrage des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion) zur Weiterverfolgung der Ergebnisse des Internationalen Studentenworkshops  
Vorlage: VI/2015/00560
- 9.15 Anfrage des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion) zur Vergabe von Freikarten an ehrenamtlich aktive Bürgerinnen und Bürger der Stadt  
Vorlage: VI/2015/00561
- 9.16 Anfrage des Stadtrates Kay Senius (SPD-Fraktion) zu Wartezeiten für eine wohnortnahe Kita-Betreuung  
Vorlage: VI/2015/00613
- 9.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Ergebnissen der Aktion „Sichere Schulwege“ der Mitteldeutschen Zeitung  
Vorlage: VI/2015/00605
- 9.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erlaubnispflicht für HundetrainerInnen  
Vorlage: VI/2015/00606
- 9.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00607
- 9.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Speiseräumen in Schulen der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00608
- 9.21 Anfrage des Stadtrats Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zu Bildungs- /Freizeitangeboten für junge Erwachsene  
Vorlage: VI/2015/00611

9.22 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Feinstaubbelastung in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00578

9.23 Anfrage von Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Thema Bereitstellung Deutschunterricht für Neu-EU-Bürger und Flüchtlinge  
Vorlage: VI/2015/00617

9.24 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten  
Vorlage: VI/2015/00530

## 10. Mitteilungen

10.1 Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt und Aufnahme weiterer innerstädtischer Gebietsnamen in den Amtlichen Stadtplan der Stadt Halle (Saale), Vorlagen-Nummer: V/2013/11461  
Vorlage: VI/2014/00364

10.2 Mitteilung zur Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen zur Reduzierung von Personalaufwendungen im Zeitraum 2014 bis 2018 (V/2013/11899)

10.3 Mitteilung Herr Lange zur Überprüfung der Stadtratsmitglieder auf Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit

## 11. mündliche Anfragen von Stadträten

11.1 mdl. Anfrage Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI zur Verkehrsberuhigung im Wohngebiet Büschdorf-Nord

11.2 mdl. Anfrage der Stadträtin Katja Müller, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zu den Überresten der ehemaligen Gastwirtschaft auf der Rabeninsel

## 12. Anregungen

## 13. Anträge auf Akteneinsicht

13.1 Antrag auf Akteneinsicht der SPD-Stadtratsfraktion auf Akteneinsicht zum Deichbau Gimritzer Damm

## **zu 3            Genehmigung der Niederschriften vom 17. Dezember 2014 und 28. Januar 2015**

---

### **zu 3.1        Genehmigung der Niederschrift vom 17. Dezember 2014**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 5. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 17.12.2014.

### **Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**



#### zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

##### zu 4.1 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung des Stadtrates vom 28.01.2015 gefassten Beschlüsse** Vorlage: VI/2015/00615

---

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, teilte mit, dass die in nicht öffentlicher Sitzung des Stadtrates vom 28.01.2015 gefassten Beschlüsse im Foyer des Stadthauses ausgehängen wurden und damit bekannt gegeben sind. Ebenso seien diese im Amtsblatt nachlesbar.

#### zu 5 **Bericht des Oberbürgermeisters**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** berichtete über die Sprengung einer 125 Kilobombe aus dem zweiten Weltkrieg auf dem Bahngelände. Dabei habe es nach derzeitigem Stand kaputte Dachziegel, verschmutzte Fassaden und einen beschädigten Pkw gegeben. Laut Sprengmeister gibt es immer ein Restrisiko, unabhängig des Evakuierungskreises.

Zum aktuellen Stand bezüglich der Bewerbungen für die Geschäftsführerposition im Zoologischen Garten informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darüber, dass die Bewerbungen aufgearbeitet und dem Aufsichtsrat vorgelegt werden.

Die Zeitschiene zum Wirtschaftskonzept der Stadt wurde mit allen Beteiligten abgestimmt. Im Wirtschaftsausschuss wurde schon sehr intensiv darüber diskutiert, wie die Beteiligung der Fraktionen stattfinden soll.

Am 18. April soll es einen Workshop geben, in dem Teilfragen gestellt und strittige Problemlagen diskutiert werden können. Erst danach werde der Bericht im ersten Entwurf fertiggestellt, so dass im Anschluss die Gremienbeteiligung und der Beschluss im Stadtrat erfolgen können.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte darüber, dass durch Ebay zurzeit neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die aktuellen Ansiedlungen im STAR-Park angeworben werden.

Bei der Entwicklung des Riebeckplatzes seien die Planungsbüros dabei, die Machbarkeitsstudie zu erstellen. Darüber hinaus werde eine Vorlage erstellt, so dass rechtzeitig eine Beteiligung und Gremienberatung erfolge, auch im Hinblick auf das von der Verwaltung vorgesehene Verwaltungsgebäude.

In Bezug auf die Bautätigkeiten am Rannischen Platz informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über dadurch entstehende Umleitungen durch die Stadt.

Unverändert seien die Investitionssummen in den nächsten fünf Jahren. In den Diskussionen wurde immer wieder deutlich gemacht, dass durch die auslaufenden EU-Fördermittel Ende 2019 der Förderbetrag auch für die Stadt erheblich zurückgehen wird. Aus diesem Grund müsse man in den nächsten fünf Jahren sehr intensiv alle Fördermöglichkeiten für die Stadt ausnutzen.

Hierbei sei eine schnelle Abstimmung notwendig, um die Fördermöglichkeiten für bestimmte Projekte zu beraten und darüber zu entscheiden.

Bezüglich des Bahnknotens gäbe es keine Veränderungen. Durch die Bahn werden die Bauarbeiten sehr intensiv vorangetrieben und befänden sich im Zeitplan. Weitere Bombenfunde seien an der Stelle jedoch nicht auszuschließen.

Am Steintor haben die Bauvorbereiten begonnen. Damit sei der Steintorplatz nun ebenfalls ein Bauschwerpunkt innerhalb des Stadtbildes.

Auch der Neubau des Finanzamtes befinde sich im Bauzeitenplan.

Zum Gimritzer Damm teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass es keine Veränderungen gäbe. Er verwies auf den übertragenen Wirkungskreis. Die Eilbedürftigkeit der Maßnahme sei vom Landesverwaltungsamt angeordnet.

Mit Blick auf die Gefahrenlage wurden die Maßnahmen dort eingeleitet und befänden sich in der Ausführungsphase. Die Bautätigkeit hätte zugenommen und der Plan, den Gimritzer Damm Anfang 2016 vollständig erstellt zu haben, soll eingehalten werden.

In Bezug auf den Erbbaurechtsvertrag zur Eissporthalle wies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf hin, dass das Landesverwaltungsamt die Schuldenübernahme durch die Stadt ausnahmsweise genehmigt hat. Das Gutachten zur nicht erforderlichen Notifizierung wurde dem LVA übersandt, um Einvernehmen zu erzielen. Somit wurde deutlich gemacht, dass EU-rechtliche Beihilfevorschriften nicht tangiert sind.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** merkte zum Haushalt der Stadt Halle (Saale) 2015 an, dass dieser mit Auflagen genehmigt wurde. Der Finanzhaushalt müsse in den nächsten Jahren Schritt für Schritt ausgeglichen werden.

Er wies deutlich darauf hin, dass das Landesverwaltungsamt in der Verfügung vom 15.02.2015 mitteilte, dass der Finanzplan des Jahres 2015 bis zum Jahr 2018 einen Finanzmittelbedarf von insgesamt Minus 78 Millionen Euro offenbart und die Stadt finanziell nicht leistungsfähig sei.

Mit jeder zusätzlichen freiwilligen Leistung befände sich die Stadt im Widerspruch zum eigenen Beschluss und zu den Auflagen des Landesverwaltungsamtes zum Haushalt. Man könne kompensieren, habe aber nicht die Möglichkeit, weitere freiwillige Leistungen zu übernehmen.

Die Genehmigung von freiwilligen Leistungen komme nur ausnahmsweise in Betracht für Maßnahmen, die unabweisbar geboten sind. Die Unabweisbarkeit könnte auf Grund wirtschaftlichen Handelns vorliegen.

Das klare Bekenntnis des Landesverwaltungsamtes mache deutlich, in welcher prekären Lage sich die Stadt Halle trotz des formell ausgeglichenen Haushaltes befindet.

Weiterhin informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darüber, dass daher die Anfang dieser Woche veröffentlichte Haushaltsverfügung des Bürgermeisters die logische Konsequenz dieser Situation darstelle. Die Ausführung des Haushaltes entsprechend des Haushaltsbeschlusses sei nur bei unvorhergesehenen und bei unaufschiebbaren Argumenten möglich. Bei den Mitteln für Vereinstätigkeiten wird dieses relativ unproblematisch sein, bedarf aber einer ausführlichen Begründung.



2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 10 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

**zu 6.4      Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" -  
Abwägungsbeschluss  
Vorlage: VI/2014/00302**

---

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erklärte, dass seine Fraktion den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung nicht in jedem Fall zustimmen könne.

Besonders die Stellungnahme der Verwaltung zu den Einwänden der Oberen Naturschutzbehörde sei so nicht tragfähig. Diese hatte darauf hingewiesen, dass die Maßnahmen, die für den Artenschutz notwendig sind, nicht in erforderlichem Maße im Bebauungsplan konkretisiert sind.

Die Obere Naturschutzbehörde fordere auch, dass alle Maßnahmen flächenkonkret und mit den jeweiligen Ausführungszeiträumen zwingend im Bebauungsplan festgesetzt werden und nicht, wie bisher, im Bebauungsplan lediglich als Hinweise benannt werden.

**Herr Wehrich** wies darauf hin, dass seine Fraktion die Auffassung der Oberen Naturschutzbehörde voll inhaltlich teilt. Letztendlich gehe es um die Umsetzung von EU-Recht.

Es ergeben sich zwingende rechtliche Erfordernisse, die in der bauplanungsrechtlichen Abwägung nicht gemindert werden können.

Insofern seien alle Maßnahmen, die notwendig sind, um die artenschutzrechtlichen Verbote zu überwinden, zwingend im B-Plan abschließend festzusetzen und nicht nur als Hinweise aufzuführen.

Aus den genannten Gründen könne seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Abschließend empfahl er, den Sachverhalt ausführlich im Bebauungsplan zu behandeln, da ansonsten der Bebauungsplan nicht rechtlich gesichert beschlossen werden kann und möglicherweise bei einer Gerichtsverhandlung anfechtbar sei.

**Abstimmungsergebnis:                                  mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum 2. Entwurf des Bebauungsplans Nr. 158 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.



## **Beschluss:**

Der Stadtrat beruft die vom Kulturausschuss vorgeschlagenen nachfolgenden Mitglieder des Stadtrates in den Beirat der Volkshochschule „Adolf Reichwein“:

Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

### **zu 6.9      Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut Vorlage: VI/2014/00462**

---

#### **zu 6.9.1    Änderungsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/Die PARTEI, SPD und CDU/FDP zur BV Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut (Vorlage-Nr.: VI/2014/00462) Vorlage: VI/2015/00619**

---

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, machte darauf aufmerksam, dass ein Änderungsantrag von allen Fraktionen zu einem wichtigen Thema in der Stadt vorliege.

Viele präventive Projekte seien der Haushaltskonsolidierung anheimgefallen. Und im vorgelegten Maßnahmeplan der Stadt wurden vorwiegend Maßnahmen aufgelistet, die sich fast ausschließlich im pflichtigen Bereich und nicht mehr im präventiven Bereich bewegen. Es würden viele Projekte über Bundes- oder Europamittel abgedeckt. Der Anteil der Stadt Halle habe sich verringert.

Aus diesem Grund wurde parteiübergreifend ein Änderungsantrag erarbeitet, um mindestens Maßnahmen für 2015 festzuschreiben und für das Haushaltsjahr 2016 finanzielle Mittel für eine extra Haushaltsstelle zur Verfügung zu stellen, die nicht aus dem Fachbereich Jugendhilfe oder aus dem Fachbereich Kultur/Sport kommen.

Es sollte eine Haushaltsstelle neu geschaffen werden, um Geld dafür zur Verfügung zu stellen, um dieses Problem ein wenig zu mildern.

Mit dem Änderungsantrag soll eine eigene Haushaltsstelle geschaffen und im Punkt 2 die Schulsozialarbeit für das Jahr 2015/2016 auf dem Mindeststandard erhalten werden.

Würden keine BuT-Mittel bereitgestellt, soll die Schulsozialarbeit durch städtische Mittel abgedeckt werden.

Abschließend bat **Frau Wolff** um EinzelpunktAbstimmung.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, ergänzte, dass nicht alle Antragsteller dem Punkt 3 folgen wollen.

Ihre Fraktion vertrete jedoch die Meinung, dass der Halle-Pass ein wirksames Instrument sei, um den Kindern die Teilnahme an gesellschaftlichen und kulturellen Aktivitäten zu ermöglichen.

Die Stadt nutze nicht ausreichend das Instrument des Halle-Pass, es gäbe zu wenig Werbung und zu wenig Personal in der Verwaltung, um sich mit dem Problem ausführlich zu beschäftigen.

Aus Sicht ihrer Fraktion stellt der dritte Punkt ein wichtiges kommunales Handlungsfeld dar und man wolle erreichen, dass der Halle-Pass ein echtes Sozialticket darstellt. Wenn eine Mehrheit im Stadtrat dazu gefunden wird, erwarte sie eine entsprechende Umsetzung in der Verwaltung.

Ebenfalls auf den Punkt 3 beziehend erinnerte **Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, an die Einführung des Halle-Pass, wo es der Stadt finanziell auch nicht so gut ging und man sich mehrheitlich dazu bekannt hatte, mit dem Halle-Pass eine Möglichkeit zu finden, Familien, welche von Transferleistungen leben müssen, eine Teilhabe an gesellschaftlichen Aktivitäten zu ermöglichen.

Nach Ansicht ihrer Fraktion habe man den dritten Punkt so betrachtet, dass es ein strategisches Moment sei und in Vorbereitung des Haushaltes 2016 Möglichkeiten bestehen würden, da hin zu wirken.

Im Halle-Pass habe es schon die verschiedensten Möglichkeiten gegeben, welche noch einmal betrachtet und das Leistungsangebot ausgebaut werden sollte.

Zum gleichen Thema äußerte sich **Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, dahingehend, dass mit dem gemeinsamen Entwurf erst einmal eine Richtung vorgegeben werde.

Anliegen von Punkt 1 sei die Schaffung einer neuen Haushaltstelle und mit Punkt 2 soll eine Mindestleistung auf dem Gebiet der Schulsozialarbeit sichergestellt werden.

Wenn es Transfermittel des Bundes oder des Landes gäbe, sei es gut und wenn nicht, dann müsse sich die Verwaltung bemühen, das auszugleichen.

Punkt 3 müsse noch mit Inhalt gefüllt werden. Dazu sei jedoch auch die Effektivität und Sinnhaftigkeit zu kontrollieren.

**Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, kündigte an, dass seine Fraktion den Punkten eins und zwei zustimmen und den dritten Beschlusspunkt ablehnen werde.

Seine Fraktion stehe zwar als Mit Antragsteller auf der Vorlage, da das ursprüngliche Ansinnen ein gemeinsames war, dem jetzt vorliegenden Resultat könne seine Fraktion aber nicht vorbehaltlos zustimmen.

Abschließend äußerte sich **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, dahingehend, dass es sinnvoll sei, im Haushaltsplan an einer Stelle noch einmal deutlich zu machen, was mit dem übergreifenden Ansatz gewünscht wird und diesen Wunsch politisch zu verankern.

Bezüglich des Punktes 2 teilte er mit, dass die jetzt auslaufenden BuT-Mittel, zu 100 Prozent für die Schul- und Sozialarbeit zur Verfügung gestellt worden sind. Andere Kommunen, andere Landkreise hätten diese Mittel genommen, um den Haushalt zu decken.

Die Anträge seien gestellt und man habe die Hoffnung, dass der europäische Sozialfond die entsprechende Lücke, die durch das Auslaufen entsteht, abfängt.

Jetzt liege es beim Land, die Bewilligung entsprechend auszudrucken, damit es Klarheit gäbe und die entsprechenden Aussagen im Jugendhilfeausschuss diskutiert und weiter untersetzt werden können.

Zum Punkt 3 verwies **Herr Beigeordneter Kogge** auf die erfolgte Bearbeitung von 17.000 Anträgen für den Halle-Pass, was jetzt schon eine hohe Zahl von Nutzern darstellt. Im Hinblick auf das Ausweiten des Angebotes kostenfreier Produkte ohne Kostenausgleich durch die Stadt sicherte er eine Überprüfung zu. Er wies aber auch darauf hin, dass die Möglichkeit der Haushaltsneutralität erhalten bleiben müsse.

Mit dem Teilbericht zur Kinderarmut habe die Verwaltung versucht, eine Steuerung durch Information und Schaffung von Bewusstsein für die Problemlagen der Kinder herzustellen.

**zu 6.9.1 Änderungsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/Die PARTEI, SPD und CDU/FDP zur BV Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut (Vorlage-Nr.: VI/2014/00462)  
Vorlage: VI/2015/00619**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**zugestimmt**

**Einzelpunkt abstimmung**

1. B.-Punkt: einstimmig zugestimmt
2. B.-Punkt: einstimmig zugestimmt
3. B.-Punkt: mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Der Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat stimmt dem anliegenden Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Teilberichterstattung Kinderarmut zu und beauftragt die Stadtverwaltung, folgende zusätzliche Maßnahmen umzusetzen:

1. Schaffung und Ausstattung einer neuen Haushaltsstelle für das Jahr 2016, die die zusätzliche Arbeit zur Bekämpfung der Folgen von Kinderarmut ermöglicht,
2. Erhaltung der Schulsozialarbeit für das Jahr 2015/16 mindestens auf dem Niveau des Vorjahres
3. Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für die Aufwertung des Halle-Pass ab 2016; es gilt: 1. das Leistungsangebot auszubauen, 2. die Öffentlichkeitsarbeit für den Halle-Pass zu intensivieren und 3. in der längerfristigen Perspektive auf die Bereitstellung eines Sozialtickets hinzuwirken





Was die finanziellen Auswirkungen betrifft, haben wir Sie auch mit den Stellungnahmen der Verwaltung insoweit bestückt und informiert, dass wir eine Situation haben, die bei einer Aufweitung dazu führen würde, dass wir natürlich Mittel des Entflechtgesetzes, mit denen wir als Stadt rechnen, schon vorfestlegen, ohne, und das muss man ganz klar sagen, jetzt schon zu wissen, welches Projekt in 2020 dann verschoben werden müsste. Weil natürlich wir jetzt nicht wissen, was in 2017 oder 2018 noch an dringenden Bedarfen ansteht, die dann eigentlich finanziert werden müssten.

Aber man muss sagen, in dieser Variante wären mögliche Zuwendungen nach Entflechtgesetz in Höhe von ca. 3,53 Mio. Euro verplant mit einem Aufweitungverlangen. Und mögliche, ein Stück weit auch fiktive, kommunale Eigenmittel, die frei würden oder die dann belegt würden bei einem Aufweitungverlangen, sind 420.000 Euro.

Das an Zahlen liegt Ihnen auch vor. Das war in der Vorlage, die vom Rat im Dezember abgelehnt wurde zur Umsetzung des Aufweitungverlangens dargestellt worden, so dass ich denke, wir haben Sie in die Lage versetzt, eine Entscheidung, die zum Schluss doch auch die Diskussion zeigt, eine politische Entscheidung ist, hier entsprechend zu votieren. Und denke, mit Blick auf die Diskussion stehen wir als Verwaltung eher für Fragen und dann die entsprechenden Antworten zur Verfügung.

#### **Herr Lange**

Bis jetzt habe ich nur Herrn Dr. Lämmerhirt als Wortmeldung. Sie haben das Wort.

#### **Herr Dr. Lämmerhirt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**

Lieber Herr Oberbürgermeister, Herr Vorsitzender, liebe Verwaltung, liebe Bürger, liebe Stadträte.

#### **Herr Lange**

Herr Dr. Lämmerhirt, die Anrede ist an den Stadtrat zu richten.

#### **Herr Dr. Lämmerhirt**

Dann liebe Stadträte.

Ich bin heute hier vorgetreten, um dafür zu werben, auch in meiner Funktion als Vorsitzender des Planungsausschusses und wir sprechen hier über ein wichtiges Thema in unserer Stadt, über weitreichende Entscheidungen, die getroffen werden.

Und ich möchte dafür werben, dass Sie gegen diesen Beschluss stimmen. Und ich möchte das auch nachfolgend Ihnen deutlich machen.

Es gibt einen wunderschönen Ausspruch: „Einzelne sind wir Wörter, zusammen ein Gedicht“. Ich hoffe, dass wir heute nicht als Wörter entscheiden, sondern als Gedicht und ich habe mir heute auch dementsprechend das mal ein bisschen anders gedacht, meine Argumente in Gedichtform auszudrücken.

Das was ich jetzt sage, mag lustig klingen, keine Frage. Doch der Ernst erkennt nur der, wer den Sinn versteht, wenn vielleicht auch hinterher.

Gewählt seid Ihr von einer Masse, die sitzt da hinten, und das finde ich klasse. Sie treten ein und dies nicht schlecht, denn das ist ihr gutes Bürgerrecht. Seit geraumer Zeit versuchen sie, sich zu verschaffen Gehör wie nie. Tragen vor viele Argumente, die reichen weit über Riebeckplatz und über unsere Osttangente. Dabei zeichnen sie ein klares Bild. Halle öffnet sich und blockt nicht ab mit einem gesperrten Straßenschild.

Offen präsentieren wir uns in der weiten Welt, eine Stadt die vielen gut gefällt. Unsere Stadt, das ist doch klar, ist für alle Gruppen da.

Angefangen bei den Menschen gut zu Fuß oder in der Straßenbahn mit Hemd und Bluse. Aber auch die Autofahrer und die Fahrradfahrer brauchen wir, das Ziel wird klar.

Verengen wir die breite Straße, wendet sich nicht nur ab, des Investors Nase, auch Touristen werden sagen, ab sofort werde ich in Leipzig parken.

Entwickeln wird sich Halle zur Provinz. Verirren wird sich nur der Pöbelprinz. Die Folgen wären ganz fatal, die Wirtschaft stagniert mit jedem weiteren Quartal.

Zum Verständnis, und das ist keine Prognose, Halle liegt nicht im Schoße der Kolchose. Sie ist ein städtisches Zentrum, hier im mitteldeutschen Raum, wo einige versuchen, die wichtigste und die größte Straße abzubauen.

Schließen können wir dann Innenstadt, aber auch das Silberhöhenstadtquartier. Abgeschrieben wurde dies schon lange, am liebsten platt und das gemacht mit einer Eisenstange. Welch grausam westertypisch Bild, geplagt von Arbeitslosigkeit, wird so mancher Bürger wild.

Wach auf, wacht auf und kommt nun endlich zur Vernunft oder wollt Ihr wirklich, dass unser Halle bald versumpft.

Grün ist gut und grün ist Leben. Auch in einer großen Stadt muss es auch graue Stellen geben. Auch die Bahn braucht ihre Brücken und keine Angst, ihr findet auch weiterhin das Obst zum Pflücken. Bäume gibt es stets genug. Niemand wird hier sterben an einem sauerstoffarmen Atemzug.

Unseren GRÜNEN gebe ich einen Tipp, macht doch ab und zu mal einen Trip. Nehmt Euer Fahrrad so wie ich und fahrt Richtung Süden, denn dort ist es gar nicht fürchterlich. Macht mal Urlaub in dem Ort, aus dem zog ich vor Jahren fort. Dort ist es ruhig, es gibt Idylle und das ist der Bürgerwille. Auch kleine Straßen werdet Ihr dort finden, genau in diesem Dorf, wo die Bürgerzahlen ständig sinken.

Doch nach gewisser Zeit, Ihr werdet es merken, bekommt jeder Städter dann Entzugsbeschwerden. Es ist die Sehnsucht nach der großen Stadt, die einfach viel zu bieten hat.

Liebe Räte, Ihr habt es in der Hand, bitte fahrt Halle nicht vor die Wand. Die Dringlichkeit, sie ist gegeben, Halle will auch weiter streben. Dazu braucht es breite Straßen, als Voraussetzung gewissermaßen.

Überlegt nochmal und gebt der Brücke Eure Stimme oder wollt Ihr wirklich, dass ich jetzt singe. Und vergesst am Ende nicht, einzeln sind wir Worte, zusammen ein Gedicht. Dankeschön.

### **Herr Lange**

Gut, Herr Dr. Lämmerhirt. Ich nehme an, Sie haben jetzt für die Fraktion gesprochen? Zumindest habe ich Ihnen dieses Zeitkontingent zugesprochen.

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Herr Knöchel bitte.

### **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**

Herr Vorsitzender, meine Damen, meine Herren. Meine lyrischen Fähigkeiten sind begrenzt. Nichtsdestotrotz habe ich die in Reim gefassten Aufforderungen durchaus mit zur Kenntnis genommen.

Also entscheiden wir heute hier über die acht Meter, die sozusagen die Welt von Halle bedeuten, worum es hier geht, in diesem Aufweitungsverlangen. Das wird untersetzt durch Argumente, wir sind eine große Stadt und brauchen große Straßen, die Touristen kommen nur, wenn breite Straßen vorhanden sind. Ich kenne keine Touristen, die in eine Stadt fahren, weil dort breite Straßen sind. Das ist mir neu.

Aber gut, es geht aber eben nicht darum, ob große Städte große Straßen haben, sondern es geht hier um 3,5 Mio. Euro, die uns zur Verfügung stehen an Entflechtungsmitteln und die wir als Stadt verwenden können. Und jetzt sind wir aufgefordert, hier eine kluge Entscheidung zu treffen.

Wir haben bereits 100 Millionen Euro, ich wiederhole 100 Millionen Euro, in die Hand genommen, um die Haupteinfahrtsstraße, die ja genau diesen Bereich berührt, sozusagen fertigzustellen. Und der Herr Oberbürgermeister hat ja vorhin auch darauf hingewiesen, dass sie fertiggestellt wird. Und das haben wir aus einem Grund getan, weil wir in Halle das Problem haben, dass in der Vergangenheit Verkehrsschneisen durch unsere Stadt gezogen worden sind in Form von Bundesstraßen und wir mitten in unserer Stadt, und das gibt es nicht in vielen Städten, eine hohe Durchgangsverkehrsbelastung haben.

Das heißt also, die zukunftsweisende Entscheidung des Stadtrates war erstens, Durchgangsverkehr rauszunehmen aus der Stadt.

Zweitens war die Frage der Merseburger Straße, die, wenn wir sie uns vom Riebeckplatz bis Ammendorf angucken, keine Straße ist, wo viele Menschen gerne leben. Sondern das ist, was sozusagen das Verkehrsleitbild der siebziger Jahre, nämlich eine Verkehrsschneise geworden ist, wo kaum noch Leben links und rechts stattfindet. Vor allem kaum noch Bürgerinnen und Bürger wohnen.

Und wir würden mit der Entscheidung, wir entscheiden ja heute überhaupt nicht über die Vierspurigkeit, wir entscheiden über die Aufweitung der Brücke, wir würden aber, wenn wir sagen, wir wollen sie vierspurig haben, diesen Zustand festhalten.

Richtig ist, ich weiß nicht, was in fünfzig oder achtzig Jahren ist. Ich weiß nicht mal, wie sich der Verkehr in zehn, fünfzehn Jahren entwickelt. Aber ich weiß, dass wir mit unserer Entscheidung durchaus Einfluss nehmen darauf, wie sich diese Verkehrsentwicklung in unserer Stadt verteilt.

Wenn wir uns jetzt für die ganz breite, ganz große Nummer entscheiden, heißt das, wir schreiben den Zustand, den wir jetzt haben, fest. Eine Schneise mit viel Verkehr durch unsere Stadt.

Ich glaube, es gibt intelligentere Lösungen. Den Durchgangsverkehr haben wir rausgenommen aus der Stadt und die Ziel- und Quellverkehre sollten wir sinnvoll verteilen. Dazu brauchen wir keine vierspurige Straße, dazu brauchen wir viele intelligente Verkehrslösungen.

So, und nun gibt es im Moment gar nicht genügend Autos, die diesen Ausbau rechtfertigen würden. Und vor diesem Hintergrund sollen wir 3,5 Millionen Euro verwenden, die wir woanders verwenden könnten.

Wir sollen 3,5 Millionen Euro verwenden, um ein Stückchen Straße für eine ungewisse Zukunft zu verändern. Oder aber, wir könnten diese 3,5 Millionen Euro Entflechtungsmittel für andere Projekte verwenden.

Und ich glaube, wir sollten vor diesem Hintergrund ... *Zwischenrufe* ... diese Entflechtungsmittel, genau Herr Bönisch. Und wir sollten auch nicht so tun, als sei es nicht unser Geld und man könnte es einfach mal so locker aus der Hand schütteln. Wir sollten verantwortungsvoll damit umgehen.

Und deswegen können wir eben nicht sagen, dass es irgendwelche Punkte gibt, die das Aufweitungsvorhaben im Moment sinnvoll erscheinen lassen.

Und aus diesem Grunde werden wir der Vorlage der Stadtverwaltung zustimmen und denken, dass wir mit den dadurch freiwerdenden Mitteln an anderer Stelle unsere Verkehrsinfrastrukturen unserer Stadt leistungsfähig gestalten können.

Und ich glaube, das sollten wir in den Vordergrund stellen, statt wie, ich gebe zu, wunderschön lyrisch vorgetragen, hier auf sozusagen eine Verkehrssicht, die in den siebziger Jahren gewachsen ist, eine Zukunftssicht, die sich nur aus der Rückscheibe eines PKW ergeben kann, weiter zu forcieren.

Wir sollten überlegen, wie wir unsere Stadt zu einem lebenswerten Ort gestalten können. Vielen Dank.

### **Herr Lange**

Gut, vielen Dank. Als nächstes hat Frau Dr. Brock das Wort.

### **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Knöchel, ich teile alle Ihre inhaltlichen Argumente. Ich teile nicht Ihre Einschätzung zu Ihrem Vorredner. Aschermittwoch ist eine Woche vorbei. Und ich denke auch, dass wir die Ernsthaftigkeit dieser Sitzung hier nicht mit solchen Dingen in Frage stellen sollten.

Ja, Humor ist was anderes, als sich über eine Sache hinwegzusetzen. Ja, ich sage ja, Aschermittwoch verpasst, tut mir leid.

Ich wollte nochmal einen Satz zu dem sagen, was unsere Fraktion dazu veranlasst, und das ist ja auch kein Geheimnis, dieser Beschlussvorlage ebenfalls zuzustimmen.

Ergänzend zu den Argumenten, die Herr Knöchel schon gesagt hat, die ich nicht nochmal wiederholen will, ist eben für uns nochmal die Zuspitzung darauf, zu sagen, wir wollen eine andere Verkehrspolitik haben, als die von den Bürgern für richtig befundene.

Und ich denke, wir müssen das in einer Demokratie aushalten, dass es unterschiedliche Haltungen gibt, wie unsere Zukunft aussehen soll.

Und wir glauben, dass unsere Zukunft in der Stadt und die Entwicklung einer Metropole nicht davon abhängt, ob die Autos dort auf vier Spuren hinein oder auf zwei Spuren hineinfahren können. Das ist nicht ein Qualitätskriterium einer Metropole.

Und es ist schwierig, wenn Bürger dann behaupten, wir würden, nur weil wir dem eben nicht zustimmen, weil wir eine andere Haltung vertreten, unsere Stadt nicht genauso wertschätzen. Das ist eine andere Position und ich bitte, das auch so wahrzunehmen.

Und das andere ist, dass wir glauben, dass wir eben gerade vor dem Hintergrund dessen, was der Oberbürgermeister immer wieder sagt, dass wir nicht genug Geld haben, um all das in unserer Stadt zu erfüllen, was wir für richtig halten.

Dass wir dann nicht an einer Stelle Geld heutzutage schon für die Zukunft ausgeben sollten oder uns verpflichten sollten, das auszugeben, wo wir heute noch nicht wissen, welche Schule wir vielleicht sanieren müssen, vielleicht welcher Spielplatz oder welches Altenheim oder was auch immer vielleicht es an der Stelle viel nötiger hat, Investitionsmittel zu bekommen.

Um diesen Beschluss eben gerade nicht heute zu fassen, stimmen wir der Beschlussvorlage zu, die die Aufhebung eines vorher ergangenen Beschlusses fordert.  
Dankeschön.

### **Herr Lange**

Herr Krause hat das Wort.

### **Herr Krause, SPD-Fraktion**

Frau Brock, in einer Sache möchte ich Ihnen widersprechen. Wir sollten gerade heute Geld für die Zukunft in die Hand nehmen. Gerade das.

Und Herr Knöchel, ich sage Ihnen, das unterstelle ich Ihnen nicht, den Mitgliedern Ihrer Fraktion und überhaupt keinem Stadtrat, dass wir es uns eben mal so ganz leicht machen und leichtfertig mit Geld umgehen. Wir gehen nicht leichtfertig mit Geld um, sondern hier handelt es sich um eine Verkehrsinfrastrukturmaßnahme von allerhöchster Bedeutung, die auch in den nächsten Jahrzehnten absehbar nicht mehr veränderbar ist. Darum geht es. Und da muss man dann schon eine Abwägung treffen, ob man diese Mittel einsetzen will oder nicht.

Und es ist gut eingesetztes Geld, wenn man vorausschauend in die Zukunft plant. Und es erschließt sich für uns nicht, dass man, wenn man vorausschauend für viele Jahrzehnte in Kauf nimmt, dass zum Beispiel Normierungen, die für Fußwege zum Beispiel vorgesehen sind für Systeme entlang der Straße, auf der Straße, einschränkend von vornherein kalkuliert werden sollen. Und man weiß ganz genau, man kann sie nicht so ohne weiteres wieder verändern.

Das ist nicht in Ordnung, weil es auch nicht zuletzt die Normen deswegen gibt, dass es nicht nur dem Sicherheitsgefühl der Bürger, sondern der tatsächlichen Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, die diese Infrastrukturen nutzen, auch dient.

Das ist aus unserer Sicht ein ganz zentraler Punkt.

Und fahren Sie mal da lang. Ich fahre fast jeden Tag da lang. Morgens, siebzehn Uhr fünfzehn, fahren sie mal an der Stelle lang, wo es gebrannt hat gegenüber Bergmannstrost. Ja, das ist die Zeit, wo ich mir das mal angeguckt habe. Da ist ein Stau, der ist unendlich lang und zwar in beide Richtungen. Und das hat damit was zu tun, dass, wenn jetzt schon auf der Merseburger Straße eine Baustelle ist, die im Grunde zu ist.

Und zu sagen, natürlich haben wir alle beschlossen, dass wir die HES bauen, dass wir eine Entlastung brauchen. Die brauchen wir auch dringend.

Aber ich als Autofahrer, und so geht es vielen anderen auch, fahre nicht über die HES, wenn ich von draußen rein auf den Riebeckplatz will. Dann fahre ich die Originalstraße. Und das machen ganz viele Autofahrer.

Das heißt also, die Straße wird weiter mit Ziel- und Quellverkehr in die Stadt mit einer hohen Frequenz genutzt werden. Da können Sie von ausgehen.

Wir haben Einschränkungen bei der derzeitigen Betrachtungsweise, was die Linksabbiegespuren angeht. Wir haben jetzt schon eine Stausituation, die, ich möchte jetzt mal behaupten, ohne da Fachmann zu sein, eine sicherheitseinschränkende Funktion hat, zum Beispiel gegenüber wichtigen Transporten zum Bergmannstrost und zurück.

Wenn Ihre Familienangehörigen in dem Stau stehen mit einem Rettungswagen und man kommt nicht mehr da durch, dann muss man auch mal die Frage stellen, ob Sie das dann so befürworten würden.

Also wir halten das für eine wichtige Maßnahme auch in die Zukunft und wir werden den Beschluss ablehnen, damit wir den Weg frei machen, für eine erweiterte Brücke.

Und übrigens beantragten wir, die SPD-Fraktion, eine namentliche Abstimmung.

### **Herr Lange**

Ja, das ist zur Kenntnis genommen.

Und als nächster Redner hat Herr Scholtyssek das Wort.

### **Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**

Ich werde nicht singen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Ich würde die Verwaltung jetzt kurz bitten, mal das Bild einzublenden.

Ich würde kurz auch noch zu dem Thema Stellung nehmen. Wir haben schon oft darüber diskutiert. Wir wollen jetzt nicht nochmal ins Detail gehen. Das kennen wir alles.

Ich habe Ihnen einfach nochmal ein Bild mitgebracht, das wir alle wissen, wovon wir reden. Ich habe den Eindruck, einige folgen der Fraktionsdisziplin und wissen gar nicht, worum es geht.

*... Zwischenrufe ...*

Es geht nicht darum, wieviel Autos da sind, sondern es geht um die Dimensionierung der Brücke, Frau Brock, Sie verstehen es einfach nicht. Gucken Sie sich die Brücke doch mal an.

Sie haben dort das Gleis, künftig ein eigenständiger Gleiskörper, eine schmale Fahrbahn und einen schmalen Fuß- und Radweg. Sie werden es also in dieser Brückendimensionierung nicht einmal schaffen, normgerechte Fuß- und Radwege herzustellen und auch nicht mal eine normgerechte Fahrbahn. Ganz zu schweigen von der überbreiten Fahrbahn, die Herr Stäglin immer favorisiert. Das kriegen Sie dort einfach nicht hin.

Und auch die Fußgänger und Radfahrer, für die Sie immer kämpfen, zu Recht, haben dort nach wie vor mit einer Einschränkung zu kämpfen.

Deswegen möchte ich an alle appellieren, diesen Engpass endlich zu beseitigen und den Bürgerwillen, der dort herrscht, zu befolgen. Am besten wissen es doch die Leute vor Ort. Die sind jeden Tag dort, die sehen die Situation, wie sich die Autos stauen, wie sich die Fußgänger und Radfahrer sich ins Gehege kommen.

Und wenn die Leute Ihnen dann in Form der Bürgerinitiative das kommunizieren, sagen Sie, nein da hören wir nicht drauf.

Also, das kann ich einfach nicht verstehen. Es gibt klare Aussagen der Bürger vor Ort, der IHK, der Kreishandwerkerschaft. Die sagen alle, weitet diesen Engpass endlich auf.

Und hier im Rat gibt es Fraktionen, die wollen das einfach nicht.

Noch kurz ein Punkt zur Merseburger Straße und Umfahrung.

Die Verkehre, es wurde schon gesagt, vom Süden in Richtung Norden, fahren weiterhin über die Merseburger Straße. Wenn sie Richtung Westen wollen, fahren sie über den Riebeckplatz. Man könnte über die Silberhöhe und den Südstadtring, Böllberger Weg, der wird auch zurückgebaut. Leistungsfähige Alternative ist das nicht.

Wenn sie Richtung Westen und Norden wollen, die Leute über die HES zu schicken, das wird niemand machen. Das funktioniert einfach nicht. Die Knotenpunkte sind überhaupt nicht leistungsfähig. Man könnte dann runterfahren in die Grenzstraße. Da stehen sie dann im Stau in der Delitzscher Straße. Sie könnten über die Dessauer Straße wieder reinfahren, das ist auch nicht wirklich leistungsfähig.

Also es gibt doch gar keine leistungsfähigen Alternativen für diese Straße.

Und noch kurz ein Wort zu diesen 3,5 Millionen, die Herr Knöchel in den Raum geworfen hat. Das sind Entflechtungsmittel, die können Sie nicht einfach für irgendwelche anderen Vorhaben einsetzen, wie Frau Brock sagte, Schulen und Kitas. Das klingt nett, klar. Aber das geht nicht mit Entflechtungsmitteln.

Wir reden von 400.000 Euro Eigenmitteln und nicht von 3,5 Millionen Euro. Wir müssen die Relation schon mal klar erfassen.

Selbst wenn wir jetzt sagen würden, wir wollen eine schmalere Brücke, sind schon Planungsleistungen entstanden, die die Bahn von uns einfordern wird. Dann haben wir also Geld in den Sand gesetzt. Das muss man mal so sagen.

Und ein Punkt noch. Die HES als Entlastung. Das war aber nicht geplant als Umfahrung der Merseburger Straße, sondern als Gewerbeerschließungsstraße. So heißt es auch offiziell und fördertechnisch. Damit wurde damals auch begründet, dass sie zum Teil zweispurig ist und da künftig auch nur zweispurig fortgeführt wird.

Und jetzt zu sagen, wir haben doch die HES, jetzt können wir die Merseburger Straße zurückbauen, das ist schon ein bisschen fadenscheinig, möchte ich mal sagen.

Also ich möchte nochmal an alle appellieren, alle auffordern, lehnen Sie diese Beschlussvorlage ab und stimmen Sie für eine weitsichtige Lösung, eine breite Brücke. Vielen Dank.

### **Herr Lange**

Jetzt hat Herr Kaßner das Wort.

### **Herr Kaßner, Stadtrat**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Oberbürgermeister, verehrte Damen und Herren Stadträte.

Ich wohne seit fast 30 Jahren im Rosengarten. Und ich muss aus dienstlich geschäftlichen Gründen jeden Tag mindestens zwei-, dreimal sowohl in die eine Richtung als auch in die andere Richtung, in die Stadt rein- oder aus der Stadt rausfahren. Und ich kann Ihnen sagen, wenn wir diese Straße, diese Trasse einspurig machen, dann wird die Verweildauer der Fahrzeuge im gesamten Bereich sich sehr, sehr verlängern.



Und immer, wenn ich insbesondere am Lutherbogen stehe und ich sehe die Radfahrer und ich sehe die Fußgänger und ich sehe die Leute, die dort sozusagen warten auf die Straßenbahn, dann denke ich, was müssen die sozusagen für Schadstoffe aushalten, weil die Autos dort stehen und nicht fahren. Und genau das wird sich sozusagen verlängern. Ein Argument, sozusagen die Straße, diese Trasse vierspurig zu erhalten. Dabei geht es mir noch gar nicht mal so um die Brücke. Es geht um die Vierspurigkeit.

Und ich möchte noch eins dazu sagen. Ich habe in den letzten vierzehn Tagen mich intensiv mit den Bürgerinitiativen an dieser Stelle in diesem Bereich auseinandergesetzt. Und ich war zunächst einmal beeindruckt, dass sich Bürger in dieser Vielfalt, also in dieser Größenordnung von Menschen zusammenfinden und darüber diskutieren und beraten, wie könnte es in unserem Stadtteil aussehen.

Und ich denke, der Stadtteil gehört den Bürgern und den Bürgern gehört auch die Stadt. Und deshalb sollte man vielleicht auch mal auf die Bürger hören. Das ist mein Appell für die heutige Abstimmung.

### **Herr Lange**

Als nächster Redner hat Herr Wolter das Wort.

### **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister, Herr Vorsitzender, liebe Fraktionskollegen aus den anderen Fraktionen.

Wir haben auch natürlich intensiv gesprochen in den letzten Tagen. Ich denke, dass die Positionen zwischen den fünf Fraktionen klar umrissen sind. Das ist nicht nur heute so, das ist auch die letzten Wochen so. Das hat vor allem damit zu tun, dass aus dieser Rosengartenbrücke mehr geworden ist. Es ist ein Symbol geworden eigentlich schon seit letztem Jahr, wo man das Wohl und Wehe eines ganzen Quartiers hier in der Stadt, bis hin des gesamten Verkehrsbildes hier in der Stadt, des gesamten, sage ich mal, der Zukunft dieser Stadt, darauf fixiert hat, projiziert hat.

Fachliche Auseinandersetzungen, die wir auch selbst mit den Bürgerinitiativen ja intensiv besprochen haben, wo das noch möglich war, wo aber selbst da klar manifestierte Positionen ... Ich freue mich da, wenn man jetzt neue Farben hier mit ins Spiel bringt, so á la eines Bänkelsängers, nochmal das pointiert zusammenfasst, was vielleicht die Geschichte dieser, dieses Streites oder dieser Position ist.

Aber ich glaube, dass Sie alle heute nicht genau gefasst haben, worum es mit dem Vorschlag der Verwaltung eigentlich geht. Deswegen haben wir auch eine Auszeit vorhin genommen.

Der Oberbürgermeister hat hier wirklich nochmal ganz klar und eindeutig unsere städtische Problematik auf den Punkt gebracht. Und wenn das Landesverwaltungsamt, auch wenn wir hier einen genehmigten Haushalt haben, auch wenn wir im Moment, sage ich mal, mit einer Haushaltsbeschränkung dieses gesamte Fass irgendwo, sage ich mal, am Laufen lassen, die Stadt.

Trotzdem wird der Oberbürgermeister in den nächsten Wochen und Monaten die zukünftigen Haushalte vorbereiten müssen. Und jede Mehrausgabe, auch wenn wir noch so blendend und überzeugt sind von politischen Signalen, wird er gezwungenermaßen, Herr Oberbürgermeister, mit einem Widerspruch versehen.

Die Ausführungen, die er zu seinem Bericht gemacht hat, veranlassten uns sozusagen, vorhin zu überlegen, ob es einen Kompromiss gibt.

Also wo man einerseits die Bedürfnisse, die verkehrlichen Bedürfnisse der Stadt, wo man sagt, also wir brauchen die Aufweitung nicht. Andererseits die Sorgen, Nöte der Anwohner und die politischen Auffassungen der SPD und der CDU und der anderen Mitglieder des Stadtrates hier mitnimmt und wirklich den klassischen Weg geht, nämlich einen Kompromiss sucht.

Und deswegen würden wir gerne diese Vorlage beraten im Finanzausschuss und dort wirklich eine Lösung finden. Weil, wenn sie diese Aufhebung heute ablehnen, wird es keine Zukunft, keine Klarstellung geben.

Es ist sozusagen in seiner umfassenden Belastung, zusätzliche Mittel dort in irgendeiner Form an die Verwaltung zu beauftragen, aus dem Rat heraus, erwarte ich, erwarten wir, dass hier der Oberbürgermeister seiner Pflicht Genüge tun muss und gegenüber eines Beschlusses einer Mehrausgabe in dem Bereich Widerspruch einlegt.

Deswegen verweisen wir den Antrag in den Finanzausschuss und wollen den gerne dort beraten.

Wir hatten das kurz besprochen. Herr Schreyer hatte uns sozusagen signalisiert, dass es automatisch wahrscheinlich nicht geht. Wenn es so sein sollte, Herr Vorsitzender, dann würden wir natürlich um Abstimmung unseres Antrages bitten.

#### **Herr Lange**

Gut, dann fasse ich das jetzt als Geschäftsordnungsantrag auf, bitte aber Herrn Schreyer nochmal, die Ausführungen zu machen, mit Erlaubnis des Oberbürgermeisters, warum hier eine automatische Verweisung nicht möglich ist.

#### **Herr Schreyer, Fachbereichsleiter Recht**

Vielen Dank, Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Voraussetzung für eine automatische Verweisung ist, dass noch keine Vorberatung der Angelegenheit in einem Ausschuss stattgefunden hat. Insoweit ist hier die Frage zu beantworten, was ist unter Angelegenheit zu verstehen. Angelegenheit ist nicht allein formal die Vorlage unter einer separaten Vorgangsnummer.

Denn Sinn und Zweck dieses automatischen Verweisungsrechts ist der Schutz der Stadträte vor übereilten Entscheidungen, die nicht ausreichend vorberaten worden sind.

Maßgeblich ist also für die Entscheidung, was unter Angelegenheit zu verstehen ist, der zugrunde liegende Lebenssachverhalt. Und der zugrunde liegende Lebenssachverhalt besteht hier in der Gestaltung des Neubaus der Eisenbahnbrücke Merseburger Straße Haltepunkt Rosengarten, einschließlich der Fragen Zwei- oder Vierspurigkeit, weite Brücke oder schmale Brücke, unter Berücksichtigung der Verkehrszählung und der Verkehrsprognosen.

Dieser Lebenssachverhalt ist bereits mehrfach sowohl im Rahmen der Beratung zum damaligen SPD-Antrag, als auch im Rahmen der Beratung zur Beschlussvorlage der Verwaltung, welche Gestaltungsvariante zu wählen ist, und letztendlich auch im letzten Monat Gegenstand der Vorberatung im Planungsausschuss über den Antrag auf Aufhebung, der wortgleich mit der Vorlage heute der Verwaltung ist, beraten worden.

Sodass letztendlich der auf der heutigen Tagesordnung stehende Punkt für Sie zur Beschlussfassung weder einen neuen Gegenstand noch eine neue Begründung enthält.

Sodass letztendlich die Empfehlung für den Stadtratsvorsitzenden ist, hier kein automatisches Verweisungsrecht anzuerkennen, sondern maximal über die Verweisung per Mehrheitsbeschluss abstimmen lassen zu können.  
Vielen Dank.

#### **Herr Lange**

Vielen Dank. Wir sind im Geschäftsordnungsverfahren. Das bedeutet, es kann eine Fürrede und eine Gegenrede geben. Herr Krause hat sich gemeldet.

#### **Herr Krause**

Die Sachargumente sind ausgetauscht. Allerdings möchte ich insofern gegen den Geschäftsordnungsantrag sprechen, weil, wenn Sie das nochmal in den Finanzausschuss schicken, morgen ist Frist, da will die Deutsche Bahn wissen, was los ist. Also damit schaffen Sie Tatsachen.

Heute muss eine Entscheidung her. Dann verhalten Sie sich dafür, also stimmen zu oder gegen den Sachverhalt. Dann sind Sie klar. Aber nicht irgendwie jetzt noch was verschieben. Das bringt überhaupt nichts.

Weil, in dem Augenblick, wenn keine vernünftige Antwort an die Deutsche Bahn AG morgen geht, ist die Sache eh erledigt.

#### **Herr Lange**

Gut, eine Fürrede, bitte.

#### **Herr Wolter**

Ich war als Antragsteller noch nicht der Fürredner Herr Bönisch, Herr Krause.

Es ist nicht so, dass wir das aus Verantwortungslosigkeit tun, sondern hier ist eine neue Tatsache entstanden. Die Information aus dem Landesverwaltungsamt, bezogen auf den Heimfall Eissporthalle, ist doch eine ganz neue klare Tatsache von Seiten des Landesverwaltungsamtes zum Haushaltsvollzug der Stadt Halle.

Und wenn Sie das sozusagen nicht berücksichtigen, dann ist das so.

Aber ich denke, dass die Verschiebung sozusagen eher einer Lösung vielleicht dient, als dass man sagt, wir haben hier sozusagen, wir gehen offenen und sehenden Auges in eine Situation, wo es auch keine Klärung gibt. Deswegen unser Antrag.

#### **Herr Lange**

Gut, der Geschäftsordnungsantrag ist gestellt. Wer dem zustimmen möchte bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen? Die Stimmenenthaltungen? Das ist eine Mehrheit gegen den Antrag, gegen die Überweisung gewesen.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

Gut, dann kann in der Debatte weiter fortgesetzt werden. Dann hat als nächster Herr Knöchel das Wort.

#### **Herr Knöchel**

Ich wollte nochmal auf die Entflechtungsmittel zurückkommen, die ja im Zwischenruf von Herrn Bönisch und in Ausführungen von Herrn Scholtyssek hier nochmal eine Rolle gespielt haben, wo man so tut, als seien es irgendwelche Mittel, die wir haben und die wir einfach so verwenden können.

Ich möchte darauf hinweisen, Entflechtungsmittel sind durch Bund-Länder-Vereinbarung bis zum Jahr 2019 gesichert. Und nicht darüber hinaus.

Das heißt also, wenn Sie heute beschließen, die Entflechtungsmittel zu verwenden und wir uns im Jahr 2020 bewegen, heißt das noch nicht, dass sie tatsächlich zur Verfügung stehen. Und Sie kennen sicher den Sachstand der Bund-Länder-Verhandlungen, dass auch diese Entflechtungsmittel zur Disposition stehen.

Das heißt also, die Aussage, das Geld sei da, ist schwierig. Aber selbst wenn, wie gesagt, ich bleibe bei meinen Ausführungen.

Aus diesem Grunde befürwortet meine Fraktion, und wenn die SPD es nicht getan hätte, den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Denn es zeichnet sich ganz deutlich ab, für viele Projekte in unserer Stadt wird in den nächsten Jahren Geld fehlen. Und ich möchte dann, wenn andere Bürgerinitiativen auf uns zukommen und fragen, warum wird das nicht gemacht, die Liste mit dieser Abstimmung rausholen und sagen, fragen sie doch Herrn ..., fragen sie doch Frau ....

Wir haben damals gesagt, das muss nicht sein. Das Verkehrsaufkommen gibt es nicht her, es ist unwirtschaftlich.

Aber sehenden Auges hat man hier, weil die einen Bürger es gefordert haben, das Gesamtinteresse aus dem Auge verloren.

Vielen Dank meine Damen und Herren.

### **Herr Lange**

Als nächster hat Herr Häder das Wort

### **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Zunächst möchte ich im Namen der Fraktion die Verletzung unserer Rechte aus § 48 Absatz 3 Satz 2 KVG förmlich rügen, im Hinblick darauf, dass der Antrag nicht automatisch in den zuständigen beschließenden Ausschuss verwiesen wurde.

Inhaltlich möchte ich noch auf Punkte hinweisen.

Es wird ja immer erklärt oder als Begründung für diesen Aufweitungsbeschluss oder die Beibehaltung des Aufweitungsbeschlusses, wie wichtig die vierspurige durchgängige Merseburger Straße ist.

Hier hat Herr Knöchel zum einen schon zurecht darauf hingewiesen, dass die Frage Brücke breit oder nicht, erst mal gar keine unmittelbaren Auswirkungen darauf hat, weil, die Merseburger Straße ist in dem Bereich momentan vierspurig. Und das unter den jetzigen Zuständen, also geht es auch.

Und die Frage, wie es dann irgendwann gestaltet ist, wenn bei dem Stadtbahnprogramm dann eine eigenständige Trassenführung vorgeschrieben wird, ist eine ganz andere. Und dann muss man wirklich berücksichtigen, wenn wir dann soweit sind, dass es dann an vielen anderen Stellen der Merseburger Straße auch keine vierspurige Straßenführung mehr geben wird. Das hat Herr Stäglin für den Bereich Riebeckplatz/Pfännerhöhe schon bestätigt. In Ammendorf ist es ähnlich.

Und dann fragt sich, wenn ich dann auf weiteren Strecken auf dieser Straße dann ohnehin keine Vierspurigkeit habe, was ist dann die Dramatik, wenn es auf weiteren einhundert Metern eventuell auch nicht der Fall ist?

Und man muss ja ganz ehrlich sagen, ursprünglich war es ja auch Ziel der Bürgerinitiative, eine Linksabbiegespur zu erhalten. Unter einer Einführung einer Linksabbiegespur hätte ich die Merseburger Straße in dem Bereich auch nicht vierspurig ausführen können. Das war denen damals auch völlig egal.

Jetzt kriegen sie die Linksabbiegespur nicht, dann will man zumindest dann sagen, dann wollen wir es vierspurig an der Stelle. Aber ohne, dass das sachlich hinterlegt ist, dass die verkehrlichen Bedürfnisse in dem Bereich so sind.

Und Herr Krause, wenn Sie betonen, Sie fahren am Bergmannstrost, frühmorgens um siebzehn Uhr fünfzehn war es glaube ich wortwörtlich, jeden Tag vorbei, ... *Zwischenrufe* ... ich habe Sie nur wortwörtlich zitiert, das ist keine Häme.

... Zwischenrufe ....

### **Herr Lange**

Herr Häder, Sie haben das Wort.

### **Herr Häder**

Und wenn Sie da ständig im Stau stehen würden oder stehen, angeblich, dann sind Sie der einzige, der diese Wahrnehmung hat.

Und man muss ja ganz ehrlich sagen, dass das gerade in dem Bereich der Merseburger Straße noch eine erhöhte Belegungszahl ist, weil dann unheimlich viel danach in der Damaschkestraße abfließt, so dass am Rosengarten noch weniger ist.

Und wenn wir jetzt da schon quasi seit einem dreiviertel Jahr die Situation haben, dass die Einspurigkeit in dem Bereich zu keinen Stauerscheinungen führt, dann muss man eigentlich auch, dann kann man mit gutem Gewissen auch sagen, dann wird es am Rosengarten künftig nicht anders sein, wenn es dann tatsächlich dort mal zweispurig werden sollte.

### **Herr Lange**

Gut, Herr Bönisch ist jetzt der letzte, der auf meiner Rednerliste steht. Herr Dr. Meerheim dann noch, o. k.

### **Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**

Ja, ich muss nur reagieren auf die Aussagen von Herrn Knöchel, der uns hier unterstellt, wir wüssten nicht, wie mit Entflechtungsmitteln umzugehen ist und was das sei.

Herr Knöchel, Sie haben gerade eben gesagt, wir verlieren die Entflechtungsmittel. Das war Ihre Rede von vorhin. Die Entflechtungsmittel können wir für was anderes benutzen, wenn wir die dorthin geben. Und hinterher sagen Sie, ob wir die überhaupt haben, wissen wir sowieso nicht.

Herr Knöchel, das wollte ich nur sagen, ... genau ..., ich wollte nur sagen, wie die Kompetenzen da verteilt sind.

Wir wissen sehr wohl was Entflechtungsmittel sind. Wir wissen sehr wohl, wie die zur Verfügung stehen oder nicht. Da hat Herr Stäglin auch sehr ausführliche Darstellungen gegeben zu diesem Sachverhalt und welches Geld wir als Stadt tatsächlich riskieren und welches nicht.

Ich verahre mich nur dagegen, dass Sie uns unterstellen, wir wüssten nicht was wir tun.

**Herr Lange**

O.k. und Herr Dr. Meerheim hat das Wort.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**

Ich beantrage namens der Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

**Herr Lange**

Gut, ich sehe jetzt keine weitere ..., Herr Doege noch und dann Herr Wehrich.

**Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren.

Ich möchte nochmal auf die Worte eingehen von Herrn Wolter. Sie haben ja quasi dem Herrn Oberbürgermeister einen Widerspruch in den Mund legen wollen. Ich glaube, dazu braucht er Ihren Hinweis nicht, da ist er sicherlich selbst dazu von sich aus in der Lage.

Ich bin bloß der Meinung, dass ein solcher Widerspruch hier rechtlich nicht zulässig wäre. Es handelt sich hier um die Aufhebung eines Beschlusses mit seiner finanziellen Untersetzung aus dem Jahr 2014. Da war die Finanzlage der Stadt nur unwesentlich anders als jetzt. Wir hatten einfach noch mehr ein bisschen in den Rücklagen.

Aber letztendlich wurden wir auch da schon vom Landesverwaltungsamt darauf hingewiesen, dass wir unsere laufenden Kredite für die laufenden Geschäfte der Stadtverwaltung ja auch etwas über Gebühr schon beanspruchen. Es waren also durchaus diese kritischen Hinweise da und da wurde bei dem Beschluss durch den Herrn Oberbürgermeister kein Widerspruch eingelegt.

Wie sollte jetzt, wo es um die Aufhebung des Beschlusses geht, noch einmal Widerspruch rechtlich zulässig sein. Also hier hätte ich wirklich ernsthafte Bedenken.

Das wollte ich nochmal sagen. Und ich denke, das sollten Sie sich, Herr Wolter, auch nochmal durch den Kopf gehen lassen.

**Herr Lange**

Herr Wehrich

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sehr geehrter Herr Dr. Lämmerhirt, vielen Dank für Ihre Zeilen.

Wenn ich mal so das Fazit aus Ihrem Gedicht ziehen möchte, dann ist es doch die Angst darum, dass Halle als Provinzstadt wahrgenommen wird. Und ich möchte sagen, mit dem Gedicht haben Sie eigentlich wirklich bewiesen, was das Provinzielle in dieser Stadt ist.

Und wir, ich bin auch dankbar für diese Diskussion, weil sie im Grunde genommen zeigt, welche Auffassung die einzelnen Leute zur Stadt haben, was Zukunft der Stadt bedeutet. Davon ist ja auch viel geredet worden.

Und unsere Auffassung ist ganz klar. Die Zukunft der Stadt Halle hängt mitnichten an der vierspurigen Straße. Wir brauchen dieses Geld, was wir für diese Brücke jetzt auffüllen wollen, an anderen Stellen viel, viel dringender. Selbst wenn wir es haben, wie Herr Knöchel gesagt hat.

Wir brauchen keine vierspurige Straße an dieser Stelle. Wir brauchen keine breite Brücke. Verkehrlich ist es nicht notwendig, an dieser Stelle diese Mittel zu investieren. Wir kommen auch ohne klar.

Wir wissen, auch das können wir von der Zukunft jetzt schon ganz genau sagen, wir wissen, dass Verkehrsbelegung an dieser Stelle deutlich zurückgehen wird, wenn die HES erst mal vollständig in Betrieb geht.

Dafür haben wir sie ja auch gebaut, Herr Scholtyssek. Das, was Sie sagen, ist ja schlicht irgendwo, das ist vollkommen abwäglich, zu sagen, wir haben die HES als vierspurige Gewerbeerschließungsstraße gebaut.

Nein, wir sollen ehrlich sagen, die HES wurde insgesamt ursprünglich mal gebaut, um die Merseburger Straße zu entlasten. Und wir sollten darauf hoffen, dass die Wirkung auch eintritt. Und sie wird eintreten und dann brauchen wir auch diese Brücke nicht, weil die Verkehrsbelegung zurückgehen wird.

Also nochmal. Wir haben eine vollkommen andere Auffassung darüber, was wirklich eine moderne zukunftsfähige Stadt ist, was eine lebensfähige und lebenswerte Stadt ausmacht. Und eine lebenswerte Stadt macht eben keine vierspurige Straße aus, sondern eine Vielzahl von kleinen Maßnahmen, die insgesamt für die Bürgerinnen und Bürger eine Wirkung entfalten.

Und deswegen sollten wir hier nicht so tun, als hinge die Zukunft der Stadt Halle von so einer Maßnahme ab, die im Grunde genommen vollkommen überflüssig ist. Und es ist unverantwortlich, das sage ich hier ganz offen und deutlich, dieses Geld an dieser Stelle einzusetzen, wo wir es an anderen Stellen in der Stadt viel, viel nötiger brauchen. Danke

**Herr Lange**  
Herr Feigl

**Herr Feigl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Doege, der Verweis darauf, dass ein bestehender Beschluss mit einer finanziellen Hinterlegung da ist, das hat mich wirklich nochmal ans Mikrofon getrieben.

Als Sie den Antrag hier im Rat gestellt haben, durchgängig die Merseburger Straße vierspurig auszubauen, da war eben kein Deckungsvorschlag dahinter. Der ist ohne Deckungsvorschlag hier einfach in die Zukunft reingestellt worden und verabschiedet worden.

Aber sich jetzt hinzustellen und zu behaupten, es hätte einen Deckungsvorschlag gegeben, das schlägt wirklich dem Fass den Boden aus. Also das können Sie so einfach nicht sagen. Und das möchte ich hier nochmal, darauf möchte ich nochmal hinweisen.

**Herr Lange**

Ich habe keine weiteren Wortmeldungen bei mir, auf meiner Rednerliste.  
Herr Dr. Wend hat jetzt doch noch eine Wortmeldung?

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**

So, jetzt springt selbst meine Fraktion im Achteck. Herr Oberbürgermeister, Herr Vorsitzender, verehrte Stadträtinnen und Stadträte.

Was mich an dieser Diskussion ein klein bisschen verwundert ist, dass alle so genau wissen, was dann mal in fünfzig Jahren los ist. Und was ich so schlimm finde an dieser Diskussion ist, dass wir hier, dass jede einzelne Partei das Recht für sich gepachtet hat. Ich finde diese Ausfälle, die wir teilweise gehört haben, schon ein bisschen fragwürdig.

Ich muss Ihnen sagen, ich habe mir das nicht leicht gemacht und in meiner Fraktion lange zu denen gehört, die sehr kritisch damit umgegangen sind. Letztendlich habe ich mich dazu entschlossen, zu sagen, es ist gut, wenn wir dort langfristig eine Aufweitung haben, weil wir auch vieles nicht absehen können.

Und ich frage nochmal die, die jetzt absolut dagegen sind, woher seid Ihr so klug, dass Ihr immer schon wisst, was in dreißig, vierzig, fünfzig Jahren passiert? Helft mir da weiter, dass ich auch so klug werde. Danke.

### Herr Lange

So, möchte da jemand Herrn Dr. Wend helfen? Herr Knöchel möchte helfen, darf es aber nicht mehr. Herr Knöchel, Sie haben schon zweimal geredet.

Möchte noch jemand anders helfen? Das ist nicht der Fall und damit ist der ... *Zwischenrufe* ... Herr Häder, lassen Sie mich bitte die Sitzung leiten. Danke.

Und wir kommen jetzt zur Abstimmung des Ganzen.

Sie möchten einen Geschäftsordnungsantrag stellen? Sie möchten als erster aufgerufen werden? Dann machen wir das jetzt. Wegen einer Notlage wird Herr Dr. Meerheim jetzt als erster aufgerufen und darf sein Votum abgeben.

Herr Dr. Meerheim, wie votieren Sie?

### Herr Dr. Meerheim

Ja.

### Herr Lange

Und Frau Schneider macht jetzt weiter.

Herr Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ja
Herr Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	nein
Herr Dr. Bartsch	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ja
Frau Dr. Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	nein
Herr Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	nein
Frau Bohm-Eisenbrandt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ja
Herr Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	nein
Herr Borggrefe	SPD-Fraktion	nein
Frau Dr. Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ja
Herr Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	nein
Herr Dr. Diaby	SPD-Fraktion	nicht anwesend
Herr Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	nein
Herr Eigendorf	SPD-Fraktion	nein
Herr Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ja
Herr Dr. Fikentscher	SPD-Fraktion	nein
Herr Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM	ja
Herr Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	nein
Frau Haupt	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ja
Frau Hintz	SPD-Fraktion	nein
Herr Hopfgarten	SPD-Fraktion	nein
Frau Jahn	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ja
Herr Kaßner	Stadtrat	nein
Herr Kieslich	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ja
Herr Knöchel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ja
Herr Koehn	SPD-Fraktion	nein
Herr Krause	SPD-Fraktion	nein



Frau Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ja
Frau Krischok	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ja
Herr Dr. Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	nein
Herr Lange	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ja
Herr Meerheim	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ja
Frau Müller	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ja
Frau Nagel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	nicht anwesend
Herr Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	nein
Herr Pitsch	Stadtrat	nein
Frau Plath	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ja
Frau Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ja
Herr Rothe	SPD-Fraktion	nein
Herr Sängler	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	nein
Herr Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	nein
Herr Schied	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ja
Herr Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	nein
Herr Schramm	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ja
Herr Senius	SPD-Fraktion	nein
Herr Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	nein
Herr Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	nein
Frau Wagner	Stadträtin	nein
Herr Weihrich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ja
Herr Dr. Wend	SPD-Fraktion	nein
Frau Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM	ja
Frau Wolff	Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM	ja
Herr Dr. Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	nein
Herr Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM	ja
Frau Dr. Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	nein
Herr Dr. Wiegand	Oberbürgermeister	ja

### Herr Lange

Ist noch jemand nicht aufgerufen worden?

Herr Klätte stimmt mit? Alles klar, Entschuldigung.

Herr Klätte	Stadtrat	nein
-------------	----------	------

### Abstimmungsergebnis:

**mehrheitlich abgelehnt**  
**-per namentlicher Abstimmung-**  
25 Ja-Stimmen  
30 Nein-Stimmen

### Beschlussvorschlag:

*Der Beschluss des Stadtrates zum Neubau einer Eisenbahnbrücke über die Merseburger Straße (V/2014/12565) wird aufgehoben.*

### Herr Lange

So, der Beschluss wurde mit 25 Ja-Stimmen und 30 Nein-Stimmen abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich habe, bevor wir dann ... irgendwann ich wieder von meinen vorsitzenden Kollegen darauf hingewiesen werde, als Vorsitzender dient man ja hier ein bisschen als Spaßbremse, ich habe das mit den Beifallsbekundungen aus dem Zuschauer-raum jetzt zugelassen. Ich weiß, dass das gegen unsere Geschäftsordnung verstößt. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir beim nächsten Mal uns dann wieder ein bisschen strenger an die Geschäftsordnung halten.

Meine Damen und Herren, der Beschluss ist abgelehnt worden.

Hiermit berufe ich im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister gemäß § 53 Absatz 4 Satz 5 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt form- und fristlos eine öffentliche Sondersitzung des Stadtrates ein.

Verhandlungsgegenstand der Sitzung wird die Beschlussfassung zum Neubau einer Eisenbahnbrücke in der Merseburger Straße Haltepunkt Rosengarten, das ist die Vorlagennummer VI/2015/00646. Diese Vorlage wird es sein, über die wir beraten.

Die Sitzung wird unmittelbar im Anschluss an den öffentlichen Teil der heutigen Stadtratsitzung hier im Festsaal des Stadthauses stattfinden.

Nachdem der Stadtrat nunmehr die Aufhebung des Beschlusses zum Neubau einer Eisenbahnbrücke in der Merseburger Straße, die wir eben gerade in der Vorlagennummer V/2014/12565 vom 30. April 2014 abgelehnt hat und die DB Netz AG der Stadt Halle (Saale) eine letztmalige Frist bis spätestens 26. Februar 2015 zur Mitteilung der konkreten Entscheidung gesetzt hat, ist eine Beschlussfassung des Stadtrates dringend erforderlich und duldet keinen weiteren Aufschub.

Ich wurde auch darauf hingewiesen, dass man möglichst diesen Punkt jetzt nicht erst zwischen öffentlichen und nicht öffentlichen Teil machen soll.

Allerdings hat mir das Rechtsamt nochmal den Hinweis gegeben und den nehme ich sehr ernst, das zwischen einer Einberufung einer solchen Sondersitzung und dem eigentlichen Stattfinden einer solchen Sondersitzung eine gewisse Zeit auch notwendig ist, um beispielsweise Stadträte, die heute nicht anwesend sind, zu informieren, damit sie auch an dieser Sondersitzung teilnehmen können. Außerdem muss die Sondersitzung noch entsprechend vorbereitet werden.

Ich bitte Sie also, in der Pause zwischen dem öffentlichen und dem nicht öffentlichen Teil dann entsprechend an der Sondersitzung teilzunehmen.

So, meine Damen und Herren, dann Herr Wolter?

**Herr Wolter**

Ja, Sie haben jetzt einberufen, Sie haben jetzt uns per Flatscreen über bestimmte Hintergründe dieser Einberufung jetzt informiert. Ich würde Sie bitten, mir kurzfristig das schriftlich zuzuarbeiten und auch vor allem die Forderung von der Deutschen Bahn AG, dass da sozusagen so eine Dringlichkeit besteht, würde ich gerne schnellstmöglich vorliegen haben. Weil das bis jetzt immer nur mündlich erklärt wurde ... *Zwischenrufe* ...

**Herr Lange**

Herr Wolter hat das Wort.

**Herr Wolter**

Dankeschön, Herr Vorsitzender.

Und als zweiten Punkt würde ich gerne eine Erläuterung haben. Wir haben in unserer Geschäftsordnung eine Konkretisierung vorgenommen zu dem Kommunalverfassungsgesetz und haben dort bei dringlichen Angelegenheiten drei Tage festgelegt. Dann würde ich gerne eine Erläuterung haben, warum das jetzt sozusagen außer Kraft gesetzt wird, unsere Geschäftsordnung.

**Herr Lange**

Gut. Herr Wehrich und dann Herr Feigl

### **Herr Wehrich**

Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, mich würde mal interessieren, warum jetzt eine Sondersitzung einberufen wurde und warum Sie nicht diese Vorlage, die in der Sondersitzung behandelt werden soll, schon vorsorglich auf diese Tagesordnung als Dringlichkeitsantrag mit draufgenommen haben, weil ja absehbar war, und das wissen wir alle, wenn wir uns ehrlich in die Augen schauen, dass diese Entscheidung so getroffen werden würde, wie sie heute getroffen wurde?

Und insofern war das aus meiner Sicht absehbar.

Und die richtige Vorgehensweise wäre gewesen, eine Dringlichkeitsvorlage zur heutigen Sitzung einzubringen, damit wir das heute auf dieser Tagesordnung haben. Das ist die erste Frage.

Und das zweite geht auch ans Rechtsamt, ob denn überhaupt geprüft wurde, ob es möglich ist, zwei Sitzungen des Gremiums des Stadtrates an einem Tag durchzuführen?

Weil, wir sind ja in der laufenden Sitzung und können aus meiner Sicht nicht einfach so die Sitzung unterbrechen und eine neue Sondersitzung aufrufen. Wenn, dann muss das an einem Tag auch eine durchgehende Sitzung des Gremiums sein.

### **Herr Lange**

Herr Feigl? Hat sich erledigt. Herr Dr. Meerheim.

### **Herr Dr. Meerheim**

Ja, sicherheitshalber trage ich das jetzt schon vor, was möglicherweise sonst in der Pause vorzutragen wäre. Ich lese das mal ab, weil ich es für notwendig halte, dass es eindeutig ist und man sich möglicherweise ansonsten ja verhaspelt.

Namens der Fraktion und in eigenem Namen widerspreche ich der Ordnungsmäßigkeit der Einladung zu dieser Sitzung, der Ordnungsmäßigkeit der Sitzung selbst und rüge gleichzeitig die Beschlussfähigkeit des Stadtrates in dieser Sitzung.

Wir beziehen uns hier ausdrücklich auf die §§ 53 und 55 des KVG LSA vom 17. Juni 2014 und auf die §§ 1, 2, 17 und 24 der Geschäftsordnung des Stadtrates.

Im Einzelnen.

1. Nach § 17 der Geschäftsordnung des Stadtrates ist es für die erneute Behandlung einer abgelehnten Vorlage vor Ablauf der festgelegten Sechsmonatsfrist notwendig, dass neue Tatsachen hierzu vorliegen.

Gerade eben wurde der Versuch, eine automatische Verweisung herbeizuführen, unter anderem mit dem Argument abgelehnt, dass es keine neuen Tatsachen gibt. Das heißt, dies ist nicht der Fall, sonst hätten Sie ja eigentlich die Vorlage auf die Tagesordnung der heutigen ordentlich stattfindenden Sitzung nehmen können, wenn es neue Tatsachen gäbe. Dies ist ausdrücklich nicht geschehen. Damit wären theoretisch alle weiteren Argumente diesbezüglich überflüssig.

2. Unabhängig davon verstoßen Sie gegen § 1 Absatz 3 Satz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates in Verbindung mit § 53 Absatz 4 Satz 5 und Satz 6 des KVG LSA.

Dieser Paragraph der Geschäftsordnung des Stadtrates regelt nämlich zwingend, also der § 1, die Dreitagesfrist für die Ladung in dringenden Fällen oder Angelegenheiten, wie es im Gesetz heißt.

3. Daraus leitet sich auch der Verstoß gegen die freie Mandatsausübung der Stadträte beziehungsweise gegen deren Recht auf Teilnahme an allen Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse ab.

Denn zweifellos ist es so, dass die an der heute ordentlich stattfindenden Sitzung nicht teilnehmenden Stadträte keine Chance haben, an der sogenannten außerordentlichen Sitzung teilzunehmen und damit ihr Recht wahrzunehmen.

4. Es liegt auch überhaupt keine besondere Dringlichkeit für diese Sondersitzung während der ordentlichen Sitzung vor. Für dringliche Angelegenheiten sieht in diesem Fall unsere Geschäftsordnung im § 2 Absatz 2 das Mittel einer Dringlichkeitsvorlage vor.

Dieses Mittel haben Sie für heute für die ordentliche Sitzung nicht genutzt.

Wie soll also die dringliche Sondersitzung begründet werden?

Es liegt auch kein Notfall im Sinne der alten, bis Sommer 2014 gültigen Gemeindeordnung vor.

5. Das Schreiben der DB AG, mit dem Hinweis auf die Beschlussfrist bis zum 26.02.2015, begründet ja auch keine neuen Tatsachen, wie vorhin wir erfahren durften.

Diese Frist wurde mindestens schon in der Januarsitzung des Stadtrates durch den zuständigen Beigeordneten Herr Stäglin in Antwort auf eine Bürgeranfrage benannt.

6. Sie können auch nicht auf den § 24 der Geschäftsordnung des Stadtrates verweisen, der das Abweichen von der Geschäftsordnung im Einzelfall regelt.

Dieser Paragraph regelt nämlich auch, dass ein Abweichen von den Regelungen der Geschäftsordnung nur dann möglich ist, wenn gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen und kein Mitglied des Stadtrates widerspricht. Beides trifft nicht zu, wie Sie gerade merken.

7. Bei einer Verletzung der Vorschriften über die Einberufung heißt es im neuen KVG im § 55 Absatz 1, ich zitiere: „... sind die Vertretung und die Ausschüsse beschlussfähig, wenn alle stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind und keines der fehlerhaft geladenen Mitglieder den Einberufungsfehler rügt.“

Es sind nicht alle stimmberechtigten Mitglieder anwesend am Abend, in der Pause. Und ich rüge die fehlerhafte Einberufung ausdrücklich zu dieser Sitzung.

Sollten Sie diesen Argumenten nicht folgen können oder wollen, gilt

8. Dann weisen wir ausdrücklich noch einmal darauf hin, dass ein sehr hohes Risiko bezüglich der Fördermittel beziehungsweise des Erhaltes Derselben für das nicht begründbare Aufweitungsverlangen besteht.

Wir stellen die Frage, wer haftet für den Schaden, welcher der Stadt entsteht, wenn diese Mittel nicht bewilligt werden können, wovon heute schon fast auszugehen ist?

Siehe auch die Stellungnahmen und Begründungen der Stadtverwaltung zu unserem Januarantrag und zur Beschlussvorlage Nummer 6.10 der heutigen Sitzung.

9. Wir werden dieser nicht ordnungsgemäß zustande gekommenen Sitzung nicht beiwohnen und den Saal verlassen. Und ich bitte, dies im Protokoll zu vermerken.

Im Übrigen bitte ich jetzt den Vorsitzenden, über meine Einlassungen zu befinden.

### **Herr Lange**

So, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann werde ich gemeinsam versuchen, das mit dem Rechtsamt noch abzuarbeiten.

Also zum einen nochmal die Frage oder Bitte von Herrn Wolter. Der Text, den ich verlesen habe, ist Ihnen zugegangen gerade per email. Auch das Schreiben der Bahn liegt Ihnen schon seit längerem vor. Das ist sozusagen erstmal der Teil.

Ich habe mir die Abwägung des ganzen Prozesses nicht leicht gemacht. Mir ist auf diesem Weg von allen Seiten unterstellt worden, dass ich entweder der einen oder der anderen Seite entsprechend mich der Geschäftsordnung verhalte, weil ich entsprechend eine eigene politische Einschätzung mir erlaube auch noch zu diesem Ganzen zu haben.

Ich möchte deutlich machen, dass dies nicht der Fall ist, sondern dass ich, auf dem Weg hin zu dieser Sitzung, versucht habe, alles Für und Wider anhand der Geschäftsordnung abzuwägen.

Deswegen habe ich, als der Vorschlag der Stadtverwaltung kam, den Beschluss schon auf die Tagesordnung zu nehmen, über den wir jetzt eine Sondersitzung machen, mich mit dem Oberbürgermeister in Verbindung gesetzt und auf den Umstand hingewiesen, dass wir einen Beschluss, der einmal abgelehnt wurde, mit einer Sechsmonatsfrist erst wieder auf die Tagesordnung nehmen können.

Es ist der erste Vorgang, der dort eine Rolle gespielt hat. Es gab in diesem Zusammenhang tatsächlich keine neuen Tatsachen, die ich entsprechend sehen konnte.

Der Oberbürgermeister hat in diesem Punkt mit mir das Einvernehmen hergestellt. Das sehen Sie daran, dass eine entsprechende Einladung auch rausgegangen ist.

Wenn wir die Genese dieses Beschlusses nehmen, ich erkläre Ihnen das jetzt so, wie ich das sehe, Herr Schreyer kann das gerne dann noch aus Sicht eines Juristen sagen, ich mache das jetzt mal als Biologe und Stadtratsvorsitzender.

Wir haben einen Beschluss gefällt im alten Stadtrat vor der Wahl, der ein Aufweitungsbegehren beinhaltet. Der neue Stadtrat hat mit seiner Mehrheit einen Beschluss gefällt, den Vorschlag der Stadtverwaltung, wie die Brücke aussehen soll, abgelehnt.

Daraufhin gab es jetzt die Frage, was will der Stadtrat eigentlich?

Es gab den Antrag der Fraktionen, der im Prinzip feststellen lassen wollte, ob denn dieses Aufweitungsbegehren noch vorhanden ist im Stadtrat. Der wurde zurückgezogen.

Daraufhin hat der Oberbürgermeister jetzt selbst nochmal diesen Beschluss an den Stadtrat herangetragen. Jetzt hat auch der neue Stadtrat mit einer deutlichen Mehrheit klargestellt, dass er die Aufweitung des Beschlusses möchte. Gleichzeitig haben wir ein Schreiben der Bahn vorliegen, das ein klares Ultimatum setzt.

Wenn wir jetzt den Beschluss nicht herbeiführen, wie die Brücke aussehen soll, kann dem eigentlichen Willen des Stadtrates nur noch entsprochen werden, wenn erhebliche Mehrmittel mehr in die Hand genommen würden. Das heißt, es würde ein größerer finanzieller Schaden entstehen.

Das bedeutet, wenn wir uns in fünf Monaten über die Brücke verständigen, die Brücke dann eine entsprechende Mehrheit bekommt, ist das nicht mehr die billigste Variante, die wir gebaut bekommen.

Das hat für mich zur Folge, dass hier tatsächlich es notwendig ist, diese Sondersitzung durchzuführen, damit entsprechend jetzt eine Einheitlichkeit der Beschlüsse hergestellt werden kann.

Ich hoffe, ich habe Ihnen das in irgendeiner Weise deutlich machen können. Es steht jeder Fraktion frei und jedem einzelnen Stadtrat, das rechtlich anders zu bewerten. Habe ich großes Verständnis dafür. Und es steht natürlich auch jeder Fraktion frei oder einem einzelnen Stadtrat, hier das gerichtlich auch überprüfen zu lassen.

An meiner Entscheidung, diese Sondersitzung durchzuführen und zwar in der Pause, ändert das nix.

Und damit auch alle Stadträte von dieser Sondersitzung erfahren, werden entsprechend diejenigen, die heute nicht anwesend sind, nochmal eingeladen. Auch darum brauchen wir eine gewisse Zeit, um sozusagen die Sondersitzung dann auch entsprechend, bis zur Pause, entsprechend abhandeln zu können.

Und wenn es dazu jetzt noch Ergänzungen gibt oder ich hoffe, ich habe mich nicht zu sehr verrannt Herr Schreyer, dann könnten Sie das noch machen oder der Oberbürgermeister kann das machen oder wie auch immer.

Ich hoffe, ich habe Ihnen deutlich gemacht, wie meine Rechtsposition an der Stelle ist.

#### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Ich möchte es insoweit ergänzen, dass die Verwaltung beide Beschlüsse dem Stadtratsvorsitzenden vorgelegt hat und keine Unterschrift zu den beiden Tagesordnungspunkten gekommen ist. Und von daher ist es eine Selbstverständlichkeit, in dem Moment, wenn der Stadtratsvorsitzende nicht beide Standpunkte, beide Tagesordnungspunkte bestätigt, dass dann ein Einvernehmen nicht da ist, automatisch ein Punkt runter fällt. Und deshalb, damit die Sitzung überhaupt stattfindet, musste ich dann unterschreiben.

#### **Herr Lange**

Gut, ich habe das anders in Erinnerung, aber das ist o.k.  
Herr Bönisch?

#### **Herr Bönisch**

Dass jetzt hier solche Verfahrensfragen aufgeworfen werden und ich muss mal sagen, die Erklärung der LINKEN, jetzt überhaupt nicht an so einer Sitzung teilnehmen zu wollen, erschüttert mich schon ziemlich sehr.

Sie haben vorhin erlebt und nicht von einer zufälligen Mehrheit geprägt, es waren von den 57 stimmberechtigten Stadtratsmitgliedern dreißig, die klar erklärt haben, dass sie die Aufweitung wollen. Sie können jetzt wirklich spekulieren und sagen, wir machen irgendwann anders eine Sitzung, vielleicht fehlt dann einer, vielleicht ist dann einer krank.

Sie können aber auch einfach sagen, o.k., die Leute in Halle haben so gewählt, dass dreißig Mitglieder gesagt haben, wir wollen das so. Und dann auch mal eine demokratische Niederlage wie tapfere Demokraten hinnehmen. Und dann auch in der Konsequenz an deren Umsetzung mitwirken.

Wir können ja mit nein stimmen. Aber nicht hinzugehen und zu sagen, das verstößt gegen § 58 Absatz 137. Das finde ich wirklich bemerkenswert demokratisches Verhalten.

Ich appelliere an Sie, sehen Sie doch ein, dass eine Mehrheit der gewählten Mitglieder dieses Stadtrates im wiederholten Male klar erklärt hat, dass sie das will. Im Dezember haben zufällig welche gefehlt und das machen Sie jetzt plötzlich zur absolut demokratischen Mehrheit. Es waren dreißig. Es war keiner zu viel und keiner zu wenig. Es waren alle, genügend viele da, um klar zu erklären, der Stadtrat will mit Mehrheit genau das. Akzeptieren Sie es doch einfach.

Wenn Sie dazu nicht in der Lage sind, dann ist wirklich, dann wird die Zusammenarbeit hier in Zukunft wirklich noch viel schwieriger werden und wir haben es schon schwer genug.

### **Herr Lange**

Wir diskutieren hier im Moment außerhalb der Tagesordnung im Wesentlichen. Wer jetzt noch etwas dazu sagen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Danach würde ich die Rednerliste abschließen.

Herr Wolter, wenn Sie noch Fragen haben, sagen Sie es mir bitte nochmal.

### **Herr Wolter**

*... unverständlich ...*

### **Herr Lange**

Gut, ich habe darauf verwiesen, dass es ein Schreiben der Bahn gibt, das sagt, morgen läuft die Frist aus. Deswegen habe ich die drei Tage jetzt nicht berücksichtigt. Und es ist jetzt auch kein Verhandlungsgegenstand, sondern ich habe es so entschieden.

Herr Dr. Meerheim?

### **Herr Dr. Meerheim**

Erstens will ich kurz auf meinen Kollegen antworten.

Ich finde es schon merkwürdig, dass die Demokratie oder die Regeln und die Gesetze ausgehebelt werden sollen, nur weil eine Mehrheit einen politischen Beschluss gefasst hat, der sicher, da gebe ich Ihnen völlig recht, eine bestimmte Aussage trifft, was Mehrheitsverhältnisse in diesem Stadtrat, zu diesem Thema aussagen.

Aber wenn Mehrheiten Gesetze nach Kustus auslegen und danach handeln wollen, dann glaube ich, dann sind wir hier falsch an der Stelle. Und dann sollten wir alle mal darüber nachdenken, in welchem Staat wir leben. Wir leben in einem Rechtsstaat und da gelten die Gesetze für alle, zu jeder Zeit, alle gleich.  
Nur das als Randbemerkung.

Und da kann ich nicht sagen, nur weil heute ein paar Leute da sind und Sie haben wirklich eine Mehrheit, das streitet niemand ab, das ist ausgezählt worden, da interessiert mich jetzt die Geschäftsordnung oder das KVG überhaupt nicht. Hallo, wo leben wir. Punkt 1.

Punkt 2. Sie haben, ich habe hier einige Punkte vorgetragen, konkret mit Paragrafen unterlegt und Sie haben bisher auf meine Rüge noch keine Einlassung gemacht. Werden Sie der Rüge stattgeben oder werden Sie der Rüge nicht stattgeben?

Die sieben Punkte, die ich vorgetragen habe, waren ziemlich eindeutig. Ich möchte dazu eine konkrete Antwort haben.

Und Punkt 3. Wir möchten auch zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

**Herr Lange**

Gut.

Jetzt wäre Herr Feigl, dann Herr Rothe, dann Herr Oberbürgermeister. Danach nehme ich eine Auszeit.

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Ich möchte gerne nochmal auf die Fristen abheben. Es ist wirklich ein Thema, was uns ja nicht seit heute beschäftigt. Und viele Sachen, die Sie jetzt dargestellt haben, sind wirklich nicht so, dass die jetzt überraschend und neu dazugekommen sind.

Das Schreiben der Bahn liegt Ihnen seit Wochen vor. Es ist seit mehreren Tagen bekannt, in welche Richtung es laufen soll. Sie haben es bereits in der Presse auch schon so kommuniziert, dass Sie vorhaben, eine Sondersitzung einzuschieben. Also so plötzlich und so unvorhergesehen ist die Tatsache nun wirklich nicht.

Und Sie haben bewusst nicht das Mittel gewählt, als Dringlichkeit diesen Tagesordnungspunkt zu behandeln. Sie haben es bewusst unterlassen. Und Sie haben bewusst unterlassen, vor drei Tagen die Einladungsfrist für eine Sondersitzung wirklich wahrzunehmen. Von daher erschließt sich mir wirklich nicht Ihre Begründung, wo Sie diese absolute Dringlichkeit hernehmen, jetzt zu diesem Zeitpunkt eine Sondersitzung einzuberufen.

Es war alles bekannt und Sie haben die Chance gehabt, wirklich, unsere Geschäftsordnung einzuhalten. Sie haben die Chance gehabt, das Kommunalverfassungsgesetz einzuhalten. Sie haben es nicht wahrgenommen.

Und an dieser Stelle muss ich einfach sagen, ich halte es für rechtsunwirksam, das, was Sie hier wollen.

**Herr Lange**

Gut, das nehme ich zur Kenntnis. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass hier keiner versucht, bewusst gegen Recht und Gesetz zu wirken, sondern es ist eine unterschiedliche Auslegung der Situation. Das sollten wir uns auch gegenseitig zugestehen.

Und, Herr Feigl, Sie haben alle hier für die eine oder für die andere Position gekämpft. Es war bis zum Beschluss für mich nicht klar, wie es ausgeht, wie die Abstimmung ausgeht. Und deswegen habe ich jetzt eine neue Situation festgestellt, die eine solche Sondersitzung rechtfertigt.

So, jetzt hat Herr Rothe noch das Wort.

**Herr Rothe, SPD-Fraktion**

Herr Vorsitzender, ich möchte nur als „Paragrafenreiter“ hier erklären, dass ich Ihre Rechtsposition voll und ganz unterstütze.

Es ist zulässig, nachdem wir das Thema Neubau einer Eisenbahnbrücke über die Merseburger Straße heute ausdrücklich als Tagesordnungspunkt haben, den alten Beschluss bestätigt haben, dass wir das jetzt auch umsetzen.

Und was eine Sondersitzung anbetrifft, erlaube ich mir einen Satz vorzulesen aus dem Kommunalverfassungsgesetz. Da heißt es in dem § 53 Absatz 4 Satz 5 wörtlich: „In dringenden Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden, kann die Vertretung ohne Frist, formlos und nur unter Angabe der Verhandlungsgegenstände einberufen werden.“

Diese gesetzliche Regelung hat Vorrang gegenüber der Dreitagesregelung.



Dann heißt es weiter: „Einzelheiten zur Einberufung zu den Sitzungen kann die Geschäftsordnung regeln.“

Nach meiner Rechtsauffassung sind wir berechtigt, heute zu entscheiden. Wir könnten das nach meiner Auffassung sogar integrieren in den jetzigen Tagesordnungspunkt in der laufenden Sitzung. Ich halte aber auch die Sondersitzung für rechtskonform.

#### **Herr Lange**

Der Herr Oberbürgermeister hat das Wort und danach ... *unverständlich* ... bitte, Herr Krause?

#### **Herr Krause**

Genau aus solchen Gründen habe ich im Hauptausschuss gefragt, ob es sinnvoll wäre, die Einladung nicht ein paar Tage früher schon zu verschicken, um sozusagen gewisse Fristen zu halten. Allerdings steht in dem Satz danach ein „kann“. Und meines Wissens nach geht das Gesetz immer noch über eine Geschäftsordnung.

#### **Herr Lange**

Herr Oberbürgermeister, bitte.

... *Zwischenrufe* ...

Es ist hier eine Rednerliste einzuhalten. Der Oberbürgermeister hat das Wort jetzt.

#### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Die Formulierung, die innerhalb des Gesetzes steht, ist die weitest gehende Formulierung, die rechtlich möglich ist. Und die Formulierung, dass ich formlos und ohne Fristen einberufen kann, ist eine Regelung, die innerhalb unserer Geschäftsordnung nicht dargestellt ist. Wir haben vorherige Schritte geregelt. Also Dreitagesfristen und ähnliche Fälle.

Deshalb ist das hier der extremste Fall und deshalb bestehen überhaupt gar keine Bedenken in irgendeiner Weise, diese Sitzung durchzuführen.

Und aus meiner Sicht, muss ich auch sagen, wir haben hier als Verwaltung sehr intensiv eine Meinung vertreten, die wir herausgearbeitet haben aus Verkehrszählungen, Überprüfungen, ähnliche Unterlagen und wir sind sehr intensiv zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Notwendigkeit zur Aufweitung deutlich nicht besteht.

Und das haben wir auch vertreten. Sie haben das ja auch gesehen. Herr Stäglin und die gesamte Verwaltung sind davon überzeugt, dass es keine Notwendigkeit ist.

So, jetzt kann man überlegen, was ist notwendig und was ist nicht notwendig? Und darüber kann man, Herr Stäglin hat das in seinem Eingangsstatement auch deutlich gemacht, da kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Man kann es unterschiedlich auslegen. Letztendlich bedeutet das, dass wir eine Mehrheitsentscheidung da zu treffen haben. Und die sollten wir auch treffen.

Ich habe große Schwierigkeiten damit, das möchte ich auch an der Stelle sagen, dass, wenn jetzt mit Geschäftsordnungshebeln und Tricks und Verunsicherung des Vorsitzenden, was ich überhaupt nicht billigen kann, ein Verfahren, das wir insgesamt abgestimmt haben, nämlich mit dieser Sondersitzung, damit wir heute eine Entscheidung bekommen, dass jetzt mit Geschäftsordnungstricks und Veränderungen in irgendeiner Weise dieses Verfahren verzögert wird.

Ich persönlich möchte deutlich machen, dass ich eine klare Mehrheit erkannt habe, die hier die Notwendigkeit anders interpretiert hat, als die Verwaltung in ihrer Vorbereitung hier in den Stadtrat hineingebracht hat. Und so entsprechend werde ich mich da auch in künftigen Abstimmungen auch verhalten.

**Herr Lange**

Gut, vielen Dank.

Meine Damen und Herren, ich würde Sie bitten, jetzt diese Debatte abubrechen. Ich habe meine Entscheidung kundgetan. Ich bleibe bei meiner Entscheidung.

Das ist vielleicht auch die Antwort, die Herr Dr. Meerheim von mir hören wollte. Vielleicht nicht, die er hören wollte, aber die ich ihm geben kann auf seine Fragen.

Wir werden jetzt eine Pause bis 17:15 Uhr anberaumen.

Wie gesagt, die Sondersitzung findet dann zwischen dem öffentlichen und dem nicht öffentlichen Teil statt.

*Ende des Wortprotokolls.*

**zu 7      Wiedervorlage**

---

Es lagen keine Wiedervorlagen vor.

**zu 8      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 8.1      Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung des „1. Hochwassertages“  
Vorlage: VI/2015/00612**

---

**zu 8.1.1    Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung des „1. Hochwassertages“ (VI/2015/00612)  
Vorlage: VI/2015/00657**

---

**Herr Peinhard, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

**zu 8.1.1    Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung des „1. Hochwassertages“ (VI/2015/00612)  
Vorlage: VI/2015/00657**

---



## **Beschluss:**

Die Stadtverwaltung prüft erneut die Möglichkeit, zukünftig das Bezahlen per Mobiltelefon als zusätzliches Angebot zur Nutzung des Parkscheinautomaten für das bewirtschaftete Parken in der Stadt Halle (Saale) zu ermöglichen.

Das Magdeburger Modell soll hierbei als eines der Referenzobjekte dienen.

---

### **zu 8.4     Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Jobcenter Halle (Saale) Vorlage: VI/2015/00596**

---

#### **zu 8.4.1   Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Jobcenter Halle (Saale) Vorlage: VI/2015/00661**

---

*(Dem Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG LSA unterlagen Frau Katharina Hintz, SPD-Fraktion, und Herr Kay Senius, SPD-Fraktion).*

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, informierte darüber, dass der erste Beschlusspunkt aus dem SPD-Antrag in den Antrag seiner Fraktion übernommen werde.

Bezüglich des zweiten Punktes habe man Probleme mit der jetzigen Formulierung. Aus diesem Grund bat er um den Wortlaut der Änderung zum Punkt 2.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, verlas die Änderung zum Beschlusstext im Punkt 2, welche jetzt lautete: „Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, sich in der Trägerversammlung des Jobcenters dafür einzusetzen, dass die Stelle des Geschäftsführers dauerhaft besetzt wird.“

Daraufhin wurde durch **Herrn Dr. Meerheim** mitgeteilt, auch diesen geänderten Beschlusstext in den Antrag seiner Fraktion übernehmen zu wollen.

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, stellte fest, dass beide Beschlusspunkte des Änderungsantrages übernommen wurden und bat um Abstimmung des so geänderten Beschlusses.

---

#### **zu 8.4.1   Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Jobcenter Halle (Saale) Vorlage: VI/2015/00661**

---

*(Dem Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG LSA unterlagen Frau Katharina Hintz, SPD-Fraktion, und Herr Kay Senius, SPD-Fraktion).*

## **Abstimmungsergebnis:**

**erledigt**

Änderungen durch Antragsteller übernommen

### geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Am Ende des Beschlusstextes wird folgender Satz angefügt:

Dabei sind die Verantwortlichkeiten und Maßnahmen der Stadt gesondert auszuweisen.

2. Es wird ein Beschlusspunkt 2 mit folgendem Text eingefügt:

Die **Stadtverwaltung** wird aufgefordert, **sich in der Trägerversammlung des Jobcenters dafür einzusetzen, die dauerhafte Besetzung der derzeit nur vorläufig besetzten Stelle des Geschäftsführers dauerhaft besetzt wird.** ~~des Jobcenters herbeizuführen.~~

zu 8.4      **Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Jobcenter Halle (Saale)**  
Vorlage: VI/2015/00596

---

(Dem Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG LSA unterlagen Frau Katharina Hintz, SPD-Fraktion, und Herr Kay Senius, SPD-Fraktion).

### Abstimmungsergebnis:

**einstimmig zugestimmt**  
1 Enthaltung

### geänderter Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) wird beauftragt zu veranlassen, dass im April 2015 im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss ein Bericht der Trägerversammlung des Jobcenters erfolgt. Dieser Bericht soll beinhalten, welche Veränderungen in der Organisationsstruktur, in Kontrollmechanismen etc. im Jobcenter nach der fristlosen Kündigung der ehemaligen Leiterin des Jobcenters vollzogen wurden, um derartige Vorfälle künftig zu vermeiden.  
**Dabei sind die Verantwortlichkeiten und Maßnahmen der Stadt gesondert auszuweisen.**
2. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, sich in der Trägerversammlung des Jobcenters dafür einzusetzen, dass die Stelle des Geschäftsführers dauerhaft besetzt wird.

zu 8.5      **gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für zwei Sozialarbeiterstellen im Sozialraum II**  
Vorlage: VI/2015/00576

---

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, machte deutlich, dass der Antrag ausführlich in den Ausschüssen besprochen wurde und er auf eine große Mehrheit für den Antrag hoffe.

Durch **Herrn Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, wurde darauf hingewiesen, dass dem Antrag von Seiten der Verwaltung zugestimmt sei und die Finanzierung, wie in der entsprechenden Stellungnahme dargestellt, im Bereich des Geschäftsbereiches IV gesucht werde.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**geänderter Beschluss:**

1. Es werden zusätzliche Haushaltsmittel (Zuschuss) für freie Träger zur Einrichtung von **maximal 2** Sozialarbeiterstellen im Sozialraum 2 zur Verfügung gestellt (**Zuschussbefristung 1 Jahr**).
2. Diese finanziellen Mittel werden für die Einrichtung von 2 Stellen in der Jugendarbeit eingesetzt. Inhaltlicher Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Integration von Flüchtlingen und EU-Bürgern in bestehende Strukturen. Dabei soll mit den vorhandenen Einrichtungen eng zusammengearbeitet werden.
3. ~~Die fachliche Untersetzung und Zuordnung dieser Stellen erfolgt in der Sitzung des Unterausschusses für Jugendhilfeplanung am 17.02.2015.~~  
**Die maximale Zuschusshöhe beträgt 75T EUR im Jahr 2015. Die Finanzierung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.**
4. **Es findet eine quartalsweise Evaluierung im Jugendhilfeausschuss statt.**
5. **Die auszuschreibenden Stellen sollen sich am Bedarf der Flüchtlinge und EU-Bürger orientieren. Zwingende Voraussetzung für die Einstellung der Sozialarbeiter sind die sprachliche Qualifikation und Kompetenz, die sich an der Muttersprache der Flüchtlinge und EU-Bürger orientieren soll.**

**zu 8.6      gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Werbung für das Engagement bei dem Technischen Hilfswerk und der Feuerwehr  
Vorlage: VI/2015/00572**

---

**Herr Eigendorf, SPD-Fraktion**, berichtete über den Neujahrsempfang des Technischen Hilfswerkes, auf welchem der Wunsch nach einer Straßenbahnaußenwerbung geäußert wurde, welche für das ehrenamtliche Engagement dieser Institution werben soll.

Das Ergebnis der Prüfung durch die Verwaltung sei in der Stellungnahme dargestellt, welche er jedoch nicht nachvollziehen könne. Es werde sehr ausführlich darin begründet, warum Werbeflächen auf Straßenbahnen nicht verschenkt werden könnten. **Herr Eigendorf** verwies darauf, dass dies nicht im Interesse der Antragsteller war und ihnen die finanzielle Situation der städtischen Unternehmen bekannt sei. Man habe kein Interesse daran, diesen Unternehmen weitere Belastungen aufzubürden.

Aus diesem Grund bat er Herrn Oberbürgermeister um die nochmalige Prüfung von Möglichkeiten der Werbung von THW und Freiwilliger Feuerwehr.

**Frau Krischok, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, erinnerte an ihre Anfrage aus der letzten Stadtratssitzung zum gleichen Thema und merkte ergänzend an, dass auch andere Hilfsorganisationen genauso zu würdigen sind.

Sie machte darauf aufmerksam, dass ihr bis zum jetzigen Zeitpunkt die zugesicherte schriftliche Antwort der Verwaltung noch nicht vorliege und hoffe auf Ideen aus der Stadtverwaltung.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** stimmte den Ausführungen von Herrn Eigendorf und Frau Krischok zu, jedoch gestalte sich die Gleichbehandlung problematisch und habe dazu geführt, dass in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken die Stellungnahme durch Herrn Bürgermeister Geier in der vorliegenden Form erarbeitet wurde, wofür er sich entschuldigte.

Des Weiteren führte er aus, dass die Zuordnung, wie künftig die Werbung im öffentlichen Raum durchgeführt werden soll, beim Auslaufen des Vertrages des jetzigen Anbieters gemeinsam behandelt werden muss. Momentan werde zu Recht von Seiten der HAVAG eine Ungleichbehandlung signalisiert, die für den Haushalt nicht gerechtfertigt werden kann.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** schlug vor, den Antrag weiterhin als Prüfauftrag bestehen zu lassen.

Mit Auslaufen des Vertrages mit dem aktuellen Anbieter soll gemeinsam mit den Stadträtinnen und Stadträten die Neuausschreibung beraten werden.

Aus diesem Grund werde die Stellungnahme der Verwaltung dahingehend geändert, dass von der Verwaltung ein Prüfauftrag angenommen wird, um in diese Richtung weiterzuarbeiten.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, stimmte der von Herrn Oberbürgermeister vorgeschlagenen Verfahrensweise zu. Seine Fraktion habe mit dem Prüfauftrag den Anfang zu diesem Thema machen wollen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die Möglichkeit besteht, für das ehrenamtliche Engagement beim Technischen Hilfswerk und der Freiwilligen Feuerwehr Werbung auf der Außenfläche einer Straßenbahn oder eines Busses zu machen.

Das Ergebnis der Prüfung und ein Vorschlag zur Umsetzung des Anliegens sind dem Stadtrat bis März 2015 vorzulegen.

**zu 8.7     Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Mittel im Bereich der investiven Sportförderung  
Vorlage: VI/2015/00574**

---

**Herr Eigendorf, SPD-Fraktion**, informierte darüber, dass in der Novembersitzung des Sportausschusses festgestellt wurde, dass bei den Baumaßnahmen im Sportbereich ein Bedarf von ungefähr 500.000 Euro bestehen. Es liege ein hoher Bedarf an wirklich wichtigen Baumaßnahmen vor, die bei Nichtdurchführung mitunter die Existenz von Vereinen bedrohen könnten und die zur Verfügung stehenden Mittel würden in keinem Verhältnis dazu stehen.

Auf Grund dieser Tatsache habe der Sportausschuss im Rahmen der Haushaltsdebatte beschlossen, zukünftig anstatt der von der Verwaltung vorgeschlagenen 20.000 Euro für die investiven Baumittel, 100.000 Euro in diesem Bereich einzuplanen.

Da aus der Investitionspauschale des FAG mehr finanzielle Mittel vorhanden sind, habe man jetzt die Möglichkeit, den Beschluss mit etwas Verzögerung umzusetzen.

In Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung merkte **Herr Eigendorf** an, dass man die Mittel zwar auch anderweitig einsetzen könne und die Fluthilfemittel wichtig seien, aber im vorliegenden Fall gehe es nur um etwas mehr als 50.000 Euro.

Im Namen seiner Fraktion verwies er den Antrag zur weiteren Diskussion in den Finanzausschuss.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion  
in den  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

### **Beschlussvorschlag**

*Im Investitionsplan 842101001 Sportförderung investiv werden zusätzliche Mittel in Höhe von 51.600 Euro eingestellt.*

*Als Deckung werden nicht geplante Mehreinnahmen aus der Investitionspauschale des Finanzausgleichsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt verwendet.*

**zu 8.8 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Teilnahme von Flüchtlingskindern am Schulunterricht**  
**Vorlage: VI/2015/00609**

---

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, berichtete, dass es im Antrag um die Kinder gehe, die in sehr komplizierten Verhältnissen leben und nicht länger als sechs Monate in der Stadt verweilen. Diese würden zum Teil aus einem anderen Kulturkreis kommen, wo Schulpflicht nicht so präsent sei und denen teilweise die Schulpflicht für Kinder in Deutschland nicht bekannt ist.

Seine Fraktion wolle von der Verwaltung wissen, wie in diesen Fällen mit der gesetzlich festgeschriebenen Schulpflicht umgegangen werde. Da die Verwaltung in ihrer Antwort einen Bericht für März in Aussicht stellte, bat er darum, dem Antrag zuzustimmen.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, verwies den Antrag in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.



**Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte darauf aufmerksam, dass ihre Fraktion den Antrag für überflüssig halte. In Deutschland gäbe es eine geltende Schulpflicht und es sei ihnen nicht klar, was zum Beschlusspunkt 1 beschlossen werden soll.

Sie werde jedoch in den jetzt verwiesenen Ausschüssen anfragen, wie lange es dauert, bis die Kinder aus Flüchtlings- und Einwandererfamilien die Kindereinrichtungen und die Schulen besuchen, was aus fachlich und pädagogischer Sicht sinnvoll sei, welches Anmeldeprozedere in Halle durchlaufen werden muss, wie die Familien und Kinder dabei unterstützt werden und ob der Verwaltung Meldungen über Schulschwänzer und Schulverweigerern aus Flüchtlings- oder Einwandererfamilien vorliegen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, verwies noch einmal auf die Berichterstattung durch die Verwaltung im März 2015.

Darin soll das Anmeldeverfahren für die Schulen in den momentan gemeinschaftlichen Unterkünften dargestellt werden. Die dort tätigen Sozialpädagogen würden sofort die betreffenden Personen an das Landesschulamt und an die entsprechenden Behörden melden und die Antragstellung begleiten.

Schwierigkeiten gäbe es jedoch für manche Schulen, wie der breite Mix von Flüchtlingskindern mit sehr unterschiedlichen Herkunftsbereichen integriert werden kann.

Abschließend machte **Herr Beigeordneter Kogge** darauf aufmerksam, dass in der Begründung des Antrages nicht auf Flüchtlinge, sondern auf Neu EU-Bürger verwiesen werde.

Da diese nicht in einer Gemeinschaftsform wohnen, sondern sich selbst eine Wohnung suchen, gäbe es eine Meldung vom Einwohnermeldeamt, dass Kinder dabei sind. Die entsprechenden Familien würden umgehend auf die Schulpflicht hingewiesen und den Kindern sofort eine Schule im Einzugsbereich zugewiesen.

Bezugnehmend auf die Berichterstattung werde die Verwaltung in den entsprechenden Ausschüssen zur Diskussion zur Verfügung stehen.

**Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Bildungsausschuss.

Er bat die Mitglieder des Bildungsausschusses um Aufnahme des Antrages als Dringlichkeitsantrag auf die nächste Sitzung des Ausschusses.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM  
in den  
**Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss**  
und  
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion  
in den  
**Bildungsausschuss**

**Beschlussvorschlag:**

1. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Teilnahme am Schulunterricht im Sinne der Schulpflicht allen Flüchtlingskindern in Halle ermöglicht wird.*

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat im März über den Stand der Umsetzung zu berichten.

**zu 8.9 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP - Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung der Ruherechtsentschädigung zum Abbau des Investitionsstaus an Friedhöfen  
Vorlage: VI/2015/00610**

---

**Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion**, begründete den Antrag mit einer Investition im Bereich der Friedhofskultur. Seiner Ansicht nach befänden sich die Einrichtungen, für die die Stadt zuständig sei, teilweise in einem beklagenswerten Zustand.

Mit dem Antrag soll erreicht werden, die Ruherechtsentschädigungsgelder des Bundes für Investitionen in diesem Bereich zu verwenden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

**Frau Krischok, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, verwies im Namen ihrer Fraktion den Antrag in den Finanzausschuss.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters  
in den  
**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**  
und  
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI  
in den  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, künftig die Gelder aus den Ruherechtsentschädigungszahlungen des Bundes an die Stadt in voller Höhe jährlich in den Haushaltsplan zum Zwecke des Abbaus des Investitionsstaus an den Mauern, Treppen, Gebäuden und Wasserleitungen der kommunalen Friedhöfe einzustellen und für diesen Zweck zu verwenden.*

**zu 8.10 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/Die PARTEI und MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Förderung von Kunst im öffentlichen Raum  
Vorlage: VI/2015/00602**

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, führte kurz zur Antragsinitiative aus.

Sie merkte an, dass als Kunst im öffentlichen Raum 1. die Gestaltung im Außenbereich von Investitionsprojekten 2. die architekturbezogenen Bauanteile am Gebäudekörper und 3. die Möglichkeiten des Ankaufes von Kunst in einer Landesförderrichtlinie bereits festgelegt sind.

Beim Verfahren gehe es darum, in der Stadt die Bildende Kunst im weitesten Sinne zu fördern, indem sie öffentlichkeitswirksam dargestellt wird. Touristen und Mitbürger der Stadt sollten die Möglichkeit haben, zu sehen, dass Halle eine Kunst- und Kulturstadt ist.

Ergänzend dazu fragte sie an, wie die Verwaltung die Finanzmittel in Höhe von 1,5 % mit in den Planungsprozess für die investiven Mittel aufnehmen wird.

Laut Aussage von Herrn **Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sei es selbstverständlich, die Finanzmittel mit in die Vorbereitung des Planungsprozesses aufzunehmen, wenn eine Deckung vorliegt.

In diesen Zusammenhang machte er deutlich, dass die Verwaltung verpflichtet sei, einen Vorschlag vorbereitend im Haushalt darzustellen. Er werde einen Haushaltsentwurf in die Gremien einbringen, über den dann beraten werden muss.

Da er gesetzlich gehalten sei, den Haushaltsausgleich zu erbringen, werde er dies auch im nächsten Jahr tun, wenn es möglich ist. Er werde einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorlegen und demzufolge könnten manche Sachen nicht durchgeführt werden.

Wenn ein Vorschlag für mehr Mittel zur Förderung von Kunst im öffentlichen Raum vorliege, müsste im entsprechenden Ausschuss darüber diskutiert und ein Deckungsvorschlag dazu gemacht werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies den Antrag zur weiteren Diskussion in den Kulturausschuss.

Bezüglich der Ausführungen von Herrn Oberbürgermeister wies **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, darauf hin, dass der Ergebnishaushalt nichts mit den Investitionsmitteln zu tun habe.

Im Namen seiner Fraktion verwies er den Antrag in den Finanzausschuss.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters  
in den

**Kulturausschuss**

und

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI

in den

**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

*Für die Finanzierung von neuen künstlerischen Vorhaben an geeigneten Standorten im Stadtgebiet sowie die Pflege und Instandsetzung des Bestandes von Kunstwerken im öffentlichen Raum werden ab dem Haushaltsjahr 2016 Finanzmittel in Höhe von 1,5 % der jährlichen städtischen Hochbaukosten in den städtischen Haushalt eingestellt. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für eine Beratung in den Stadtratsgremien im Juni 2015 eine Richtlinie zur Förderung von „Kunst im öffentlichen Raum“ zur Beschlussfassung vorzulegen.*

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, übergab die weitere Sitzungsleitung wegen Erschöpfung an Herrn Harald Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates.

**zu 8.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Rahmenplans für das Gebiet am Steg  
Vorlage: VI/2015/00603**

---

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, begründete die Antragstellung damit, dass aktuell zwei Bauprojekte im Areal Steg anstehen. Zum einen gehe es um den Bau einer Schulsporthalle und zum anderen um die Errichtung eines Kindergartens.

Da der innere Zusammenhang zu einem städtebaulichen Bild in diesem Areal nicht zu erkennen ist, halte er es für dringend geboten, an dieser Stelle einen Rahmenplan zu erarbeiten und parallel zu den zwei Bauprojekten das Verfahren mit einer Beplanung des gesamten Gebietes durchzuführen.

**Herr Feigl** verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Planungsausschuss.

Zu den Ausführungen von Herrn Feigl äußerte sich **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, dahingehend, dass es durch eine Beschlussfassung im Stadtrat die Situation gäbe, im Bereich der Saaleklinik ehemalige Verkehrsflächen einzuziehen, um Grundlage für die weitere Entwicklung zu schaffen.

Mit Blick auf die Zeitketten zur Errichtung des Kindergartens und auch der Sporthalle sei es nicht möglich, in diesem Jahr, entsprechend des Antrages bis Oktober, einen Rahmenplan zu erstellen. Bis dahin brauche man einen guten, architektonischen Entwurf, mit dem dann so gebaut werden kann, dass für den Schulbereich entsprechend der Zeitkette die Turnhalle nutzbar wird.

In der Stellungnahme der Verwaltung habe man auch auf die inhaltliche Beschäftigung mit den weiteren Entwicklungen, bezogen auf den öffentlichen Raum, verwiesen. Dies werde im Rahmen der täglichen Arbeit des Fachbereiches und in der Verknüpfung, sowohl in der Freiflächenmaßnahme in der Städtebauförderung, als auch der beiden Hochbauinvestitionen über die verschiedenen Fördertöpfe, abgearbeitet.

In Bezug auf den äußeren Bereich teilte **Herr Beigeordneter Stäglin** mit, dass dieser von der Größe her nicht die Rechtfertigung gäbe, über das gesamte Gebiet einen Rahmenplan zu legen.

Aus diesem Grund vertrete er die Ansicht, dass man für ein solches Planwerk keine Beschlussfassung brauche, auch weil die Kapazitäten und Ressourcen nicht eingeplant seien.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
in den

**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

### **Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Rahmenplanung für eine zukünftige Neubebauung des Gebietes am Steg (begrenzt von Glauchaer Straße, Lange Straße, Steg und Moritzzwinger) zu erarbeiten und im Oktober 2015 dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.*

### **zu 8.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Verzicht auf Gastspiele von Zirkussen, bei denen Wildtiere mitgeführt werden Vorlage: VI/2015/00604**

---

**Frau Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, begründete den Antrag mit dem Leid der Wildtiere in den Zirkussen durch zum Beispiel den ständigen Transport in winzigen Boxen, Ausharren in viel zu kleinen Käfigen und teilweise fehlende Außengehege. Auch wenn solche Angelegenheiten im Bundestierschutzgesetz behandelt werden, sollte man sich nicht hinter Kompetenzzuweisungen verstecken, sondern selbst aktiv werden.

In zahlreichen Kommunen in Deutschland gäbe es schon ein lokales Auftrittsverbot für Wildtiere in Zirkussen. Mit dem vorliegenden Antrag soll der Beschluss gefasst werden, die rechtlichen Grundlagen solcher kommunalen Regelungen zu prüfen.

Sie bat darum, dem Prüfauftrag zuzustimmen.

**Frau Jahn, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, warb ebenfalls für den Antrag. Ihre Fraktion habe sich sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt und teilt den Tierschutzgedanken des Antrages.

### **Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

### **Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die kommunalen Möglichkeiten zu prüfen, um künftig Genehmigungen für Gastspiele von Zirkussen, die Wildtiere mitführen, auf gewidmeten und sonstigen städtischen Flächen versagen zu können. Das Prüfergebnis und ein Vorschlag zu einer entsprechenden Vorgehensweise sind dem Stadtrat in der Sitzung am 27. Mai 2015 vorzulegen.

### **zu 8.13 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Besetzung des Ausschusses für Stadtentwicklung mit einem sachkundigen Einwohner Vorlage: VI/2015/00662**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

### **Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

## **Beschluss:**

Der Stadtrat bestätigt die Entsendung von Herrn Prof. Dr. Reinhold Sackmann als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Stadtentwicklung.

### **zu 9            schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

#### **zu 9.1        Anfrage des Stadtrates Dr. Hans-Dieter Wöllenweber (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur Umsetzung eines Stadtratsbeschlusses aus dem Jahr 2011 Vorlage: VI/2015/00601**

---

**Herr Dr. Wöllenweber, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, befand die Antwort der Verwaltung als unbefriedigend.

Seine Anfrage bezog sich auf die Beleuchtung des Händeldenkmals. Seiner Meinung nach könne mit wenig Aufwand und ohne die Ausführung von Tiefbauarbeiten eine gedämpfte Beleuchtung herbeigeführt werden. Als Händelstadt müsse das Händeldenkmal ins rechte Licht gesetzt werden.

#### **zu 9.2        Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Kurzdarstellung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes Vorlage: VI/2015/00588**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

#### **zu 9.3        Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Nutzung des halleschen Busbahnhofes für Fernbusse Vorlage: VI/2015/00589**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

#### **zu 9.4        Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Erarbeitung und Umsetzung eines verwaltungsinternen Immobilienmanagements Vorlage: VI/2015/00590**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.5      Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur  
Beschlussfassung des künftigen Verkehrsentwicklungsplanes  
Vorlage: VI/2015/00592**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.6      Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur  
Veröffentlichung von Planungsverfahrenständen und  
Beteiligungsmöglichkeiten im Internet  
Vorlage: VI/2015/00593**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.7      Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zu  
Investitionen bzw. zur Sanierung von Fußwegen  
Vorlage: VI/2015/00597**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.8      Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur  
Gesundheitsvorsorge und Prävention  
Vorlage: VI/2015/00598**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.9      Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur  
EU-Service-Agentur Sachsen-Anhalt  
Vorlage: VI/2015/00599**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.10     Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Umsetzung des  
beschlossenen Klimaschutzkonzeptes  
Vorlage: VI/2015/00600**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.11 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur Sperrstundenregelung  
Vorlage: VI/2015/00616**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.12 Anfrage des Stadtrates André Cierpinski (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur Plakatierung im öffentlichen Raum  
Vorlage: VI/2015/00618**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.13 Anfrage des Stadtrates Dr. Karamba Diaby (SPD-Fraktion) zu Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Halle (Saale) mit einem ausländischen Pass  
Vorlage: VI/2015/00525**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.14 Anfrage des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion) zur Weiterverfolgung der Ergebnisse des Internationalen Studentenworkshops  
Vorlage: VI/2015/00560**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.15 Anfrage des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion) zur Vergabe von Freikarten an ehrenamtlich aktive Bürgerinnen und Bürger der Stadt  
Vorlage: VI/2015/00561**

---

**Herr Eigendorf, SPD-Fraktion**, wies darauf hin, dass er zu diesem Thema noch einmal nachfragen werde.

**zu 9.16 Anfrage des Stadtrates Kay Senius (SPD-Fraktion) zu Wartezeiten für eine wohnortnahe Kita-Betreuung  
Vorlage: VI/2015/00613**

---

Bezüglich der Antwort der Verwaltung auf seine Anfrage merkte **Herr Senius, SPD-Fraktion**, an, dass es bedauerlich sein, dass der Verwaltung keine Daten und Zahlen zu



tatsächlichen Warteliste, des Anmeldeverhaltens und die Dauer, bis ein Kita-Platz zur Verfügung gestellt werden kann, vorliegen würden.

Auf Grund dieser fehlenden Daten könne er die Auffassung der Verwaltung, dass das Leipziger Urteil nicht mit einem Finanzrisiko für die Stadt Halle verbunden sei, nicht ganz nachvollziehen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, informierte darüber, dass sich die Eltern nicht bei der Stadt, sondern bei den Trägern der Kindereinrichtungen anmelden. Die Kommune habe keine Möglichkeit, diese Anmeldeinformationen automatisch abzufragen.

In der Verwaltung werden im Dienstleistungszentrum Familie die Personen erfasst und begleitet, die selbst keine Lösung ihres Kita-Problems finden. Es gäbe keine Übersicht darüber, ob und wie viel Familien einen Kindertagesplatz suchen würden.

Die Urteilsituation wie in Leipzig, die auf dem sächsischen Kindertagesstättengesetz beruht, und die Kommunen mit dem Recht ausgestattet wurden, die Belegung der Plätze der Freien Träger zu regeln, liege in Halle nicht vor.

**zu 9.17    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Ergebnissen der Aktion „Sichere Schulwege“ der Mitteldeutschen Zeitung  
Vorlage: VI/2015/00605**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.18    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erlaubnispflicht für HundetrainerInnen  
Vorlage: VI/2015/00606**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.19    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00607**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde auf März vertagt.

**zu 9.20    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Speiseräumen in Schulen der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00608**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde auf April vertagt.

**Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte darauf aufmerksam, dass in der Verwaltung Daten zu Raumplänen der Schulen in Bezug auf Speiseräume vorliegen müssten.

**zu 9.21 Anfrage des Stadtrats Denis Häder (Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM) zu Bildungs-/Freizeitangeboten für junge Erwachsene**  
**Vorlage: VI/2015/00611**

---

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, informierte darüber, dass Herr Beigeordneter Kogge signalisiert habe, dass die Verwaltung noch Zeit benötige um ergänzende Informationen einzuholen. Er bat darum, nach Vorliegen der Informationen, die Antwort entsprechend zu ergänzen.

**zu 9.22 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Feinstaubbelastung in der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: VI/2015/00578**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.23 Anfrage von Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Thema Bereitstellung Deutschunterricht für Neu-EU-Bürger und Flüchtlinge**  
**Vorlage: VI/2015/00617**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.24 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten**  
**Vorlage: VI/2015/00530**

---

**Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, bedankte sich für die Antwort der Verwaltung. Er fragte in diesem Zusammenhang nach, wie bei gleichem Personalbestand die Zahl der eingeleiteten Verfahren um 30 % sinken konnte und auch die Einnahmen drastisch zurückgegangen sind.

Er bat um nähere Darlegungen dazu in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

## zu 10      **Mitteilungen**

---

- zu 10.1      **Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt und Aufnahme weiterer innerstädtischer Gebietsnamen in den Amtlichen Stadtplan der Stadt Halle (Saale), Vorlagen-Nummer: V/2013/11461  
Vorlage: VI/2014/00364**
- 

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 10.2      **Mitteilung zur Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen zur Reduzierung von Personalaufwendungen im Zeitraum 2014 bis 2018 (V/2013/11899)**
- 

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 10.3      **Mitteilung Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, zur Überprüfung der Stadtratsmitglieder auf Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit**
- 

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, teilte mit, dass die Anträge auf Überprüfung der Stadtratsmitglieder auf Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit entsprechend eingereicht wurden. Eine Weiterleitung an die Unterlagenbehörde ist erfolgt. Jetzt werde das Ergebnis der Bearbeitung abgewartet.

## zu 11      **mündliche Anfragen von Stadträten**

---

**Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, informierte darüber, dass zwei mündliche Anfragen von Stadträten schriftlich eingereicht worden sind und verlas diese:

1. Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Verkehrsberuhigung im Wohngebiet Büschdorf-Nord
2. Frau Müller, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zu den Überresten der ehemaligen Gastwirtschaft auf der Rabeninsel

- zu 11.1      **Anfrage Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI zur Verkehrsberuhigung im Wohngebiet Büschdorf-Nord**
- 

Am 29. Januar 2015 erhielten die Fraktionen des Stadtrates die Kopie eines von der Verwaltung an einen Bürger gerichteten Briefes, datiert vom 19.01.2015, zur Thematik des Linksabbiegens und der Verkehrsberuhigung im Wohngebiet Büschdorf-Nord.

Die Verwaltung sagt darin die Prüfung weiterer Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, weitere Berliner Kissen, verstärkte Kenntlichmachung der Tempo-Zone 30 bis zum Ende des Monats zu.

Was ist das Ergebnis der Prüfung weiterer Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung im Wohngebiet Büschdorf-Nord?

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, informierte, dass zu diesem Thema die Untere Verkehrsbehörde mit Maßnahmen gefragt war. Die Ergebnisse der Umsetzung und der Möglichkeit der Umsetzung dessen, was im November 2014 mit Mitgliedern der Bürgerinitiative Bierrain besprochen wurde, haben Vertreter der Unteren Verkehrsbehörde am 10.02.2015 mit dem Hauptansprechpartner der Bürgerinitiative erörtert.

Die besprochene Trennung der Verkehrszeichen im Einfahrtsbereich zum Gebiet ist erfolgt. Die Frage zusätzlicher Tempo 30-Markierungen auf der Straße sind mit Blick auf die Finanzsituation von Seiten der Stadt nicht vorgesehen.

Mit der Bürgerinitiative wurde jedoch darüber gesprochen, ob sie in diesem Fall selbst tätig und finanziell unterstützend tätig werden möchte.

Eine weitere Auflastung der Dübener Straße sei nicht mehr vorgesehen.

Das Aufstellen von Betonringen oder ähnlichen Gegenständen auf der Fahrbahn, zum Beispiel als bremsendes Element, wurde abgelehnt.

Unabhängig davon wurde seitens der Unteren Verkehrsbehörde mit der Polizei eine Verkehrsmessung in den kommenden Wochen entsprechend verabredet.

Abschließend ergänzte **Herr Beigeordneter Stäglin**, dass nach seinem Schreiben an die Bürgerinitiative ein Erwidierungsschreiben der Bürgerinitiative einging. Momentan werde abgeglichen, ob neue Punkte vorgebracht worden, welche dann ergänzend zu beantworten sind. Ansonsten würde die Verwaltung auf die bereits vorliegenden Schriftstücke verweisen.

## **zu 11.2 Anfrage Frau Müller, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zu den Überresten der ehemaligen Gastwirtschaft auf der Rabeninsel**

---

Im Naturschutzgebiet Rabeninsel befinden sich bis heute die Überreste der Anfang der neunziger Jahre geschlossenen ehemaligen HO-Gaststätte. Das Betreten der stark baufälligen Ruine ist ungehindert möglich, aber offensichtlich nicht ungefährlich. Die Überreste des Gebäudes, aber auch allerhand Müll in Form von Mobiliar, Gläsern, Schubkarren usw. bieten im Naturschutzgebiet zudem einen unschönen Anblick. Bereits im Jahr 2004 stellte die SPD-Fraktion eine Anfrage zur möglichen Reaktivierung des Geländes bzw. zur Verkehrssicherungspflicht oder einen geplanten Abriss der baulichen Überreste durch den Eigentümer.

Ich frage daher die Verwaltung,

1. Wie verhält es sich heute mit den damaligen Erkenntnissen der Stadtverwaltung, dass nur ein ersatzloser Abbruch der Anlagen einschließlich einer Gebäudeberäumung infrage kommt?
2. Wie ist der heutige Stand der Verfügung konkreter notwendiger Sicherungs- bzw. Räumungsmaßnahmen gegen den Eigentümer?
3. Ist demnach mit einer baldigen Sicherung bzw. Räumung des Geländes durch den Eigentümer zu rechnen?

4. Kann die Stadt im Fall einer Nichtreaktion des Eigentümers selbst zur Sicherung bzw. zu Räumungsmaßnahmen greifen?

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, antwortete darauf:

Zur Frage 1

Die Bauordnung hatte mit Datum 27.04.2005 den damaligen privaten Grundstückseigentümer aufgefordert, die baufälligen Gebäude abzureißen und anschließend zu beräumen. Die Verfügung war auf Grund der Zugänglichkeit des Geländes und der dadurch ausgehenden Gefährdung des öffentlichen Verkehrsraumes begründet.

Zur Frage 2

Nach seinem Sachstand sei die damalige Eigentümerin der Verfügung vom 27.04.2005 nachgekommen. Die baufälligen Gebäude wurden abgerissen und entsprechend nach dem Abriss beräumt.

Zur Frage 3

Sämtliche Grundstücke zu dem Bereich, gleich ob mit leerstehenden Gebäuden versehen oder nicht, wurden gegen den Zutritt durch Dritte mittels Einfriedung gesichert. Dies wurde im Rahmen einer Kontrolle, welche aus Anlass der mündlichen Anfrage am 23.02.2015 durchgeführt wurde, noch einmal festgestellt. Damit gehe aus bauordnungsrechtlicher Sicht keine Gefahr für den öffentlichen Verkehrsraum aus.

Des Weiteren machte **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf aufmerksam, dass die Verwaltung mit dem Grundstückseigentümer noch einmal Kontakt aufnehmen wolle, um den Sachstand zu den weiteren Plänen mit den Grundstücken abzufragen.

Zur Frage 4

Wie schon darauf hingewiesen sei die damalige Eigentümerin des Grundstückes der Verfügung nachgekommen. Bezogen auf das Grundstück habe es dann einen Eigentümerwechsel gegeben.

Da das Grundstück im Moment so gesichert ist, dass keine Gefahren ausgehen, gäbe es für die Verwaltung bauordnungsrechtlich keine weitere Möglichkeit, dort einzugreifen.

**Frau Müller** zeigte sich überrascht von den Ausführungen von Herrn Beigeordneten Stäglin. Sie habe in der vergangenen Woche die von ihr in der Anfrage beschriebenen Missstände auch weiterhin feststellen können. Es bestehe ungehinderter Zugang auf das Gelände.

**Herr Beigeordneter Stäglin** sagte eine nochmalige Überprüfung zu.

### **zu 11.3 Anfrage Herr Senius, SPD-Fraktion, zum Hebesatz von Gewerbesteuern**

---

**Herr Senius** fragte an, ob Herr Oberbürgermeister plane, den Hebesatz zur Gewerbesteuer in Halle zu erhöhen oder nach oben anzupassen.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde mitgeteilt, dass keine Erhöhung geplant oder in irgendeiner Weise in Aussicht gestellt sei.

#### **zu 11.4    Anfrage Herr Senius, SPD-Fraktion, zur Erhöhung von Kita-Gebühren**

---

**Herr Senius** fragte nach, ob geplant sei, die Kita-Gebühren in Halle zu erhöhen und wenn ja, was den Grund für die Erhöhung darstellt.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, begründete die Erhöhung der Kita-Gebühren mit der im Gesetz obliegenden Verpflichtung der Kommunen, mindestens 50 % der übrig bleibenden Kosten, die vom Land nicht übernommen werden, zu übernehmen. Bei höherer Kostenübernahme bewege man sich im freiwilligen Bereich und das Landesverwaltungsamt hätte die Möglichkeit, darauf hinzuweisen, dass freiwillige Leistungen nur dann möglich sind, wenn der Haushalt ausgeglichen ist.

Des Weiteren führte er aus, dass 2013 mit den Haushaltszahlen von 2012 eine Erhöhung der Elternbeiträge beschlossen wurde und im Moment die Abstandszahlen zwischen den Jahren 2012 und 2013 geprüft werden.

Die Abrechnung Kindertagesstätten von 2014 erfolge bis zum 30.06.2015. Momentan sei man bestrebt, die Einnahmen- und Ausgabensituation in der Waage zu halten.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** ergänzte, dass der Gesetzgeber durch das neue KiföG den Kommunen neue Belastungen auferlegt habe. Der Städte- und Gemeindebund habe die Verfassungsmäßigkeit des KiföG überprüfen lassen und die am Gutachten beteiligten Hochschullehrer seien zu dem Ergebnis gekommen, dass wesentliche Teile verfassungswidrig sind. Momentan sei man noch nicht am Ende der Verhandlungen.

Aus seiner Sicht müsse alles getan werden, um eine weitere Erhöhung zu vermeiden. Nach Vorliegen verlässlicher Zahlen sei darüber zu befinden und zu beraten, wie damit umgegangen wird. Zum jetzigen Zeitpunkt plane man keine Erhöhungen.

#### **zu 11.5    Anfrage Herr Lange, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zum Zustand der Turnhalle des Südstadtgymnasiums**

---

**Herr Lange** informierte darüber, dass während der Sanierung der Turnhalle des Südstadtgymnasiums die Schalldämpfer entfernt worden sind. Bei einer Begehung durch die Unfallkasse Sachsen-Anhalt habe die Stadt die Auflage bekommen, entsprechend der DIN-Normen, die für Turnhallenbauten bestehen, die entsprechenden Schallschutzmaßnahmen wieder zu installieren. Bis zum Oktober des letzten Jahres hatte die Stadtverwaltung die Auflage, sich dahingehend zu äußern.

**Herr Lange** fragte an, ob die Stadtverwaltung der Unfallkasse die zu treffenden Maßnahmen und den Termin der Umsetzung mitgeteilt habe.

**Frau Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Sport**, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 11.6   Anfrage Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zu Zuwendungen an die Feuerwehr**

---

**Herr Knöchel** berichtete, dass das Land mit dem Haushaltsgesetz beschlossen habe, die Zuweisungen an Gemeinden für Investitionen im Bereich Feuerwehren deutlich zu erhöhen. Die Erhöhung sei jedoch noch nicht im Haushalt veranschlagt und er fragte an, ob es schon konkrete Zahlen vom Land gäbe, in welcher Höhe die Stadt Halle mit erhöhten Zuweisungen rechnen kann und wie geplant sei, die erhöhten Zuweisungen im Feuerwehrbereich umzusetzen.

**Herr Bürgermeister Geier** bestätigte die Information von Herrn Knöchel und sagte eine Information im Ordnungs- und im Finanzausschuss zu.

**zu 11.7   Anfrage Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Entscheidung des Landesverwaltungsamtes**

---

**Herr Scholtyssek** berief sich in seiner Anfrage auf den Bericht des Oberbürgermeisters mit der Information, dass eine Entscheidung der Kommunalaufsicht zum Widerspruch der Entlastung des Oberbürgermeisters vorliege.

Er bat darum, den Stadträtinnen und Stadträten die Antwort der Kommunalaufsicht zur Verfügung zu stellen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies auf die entsprechende Vorlage zur Märzsession, der das Antwortschreiben des Landesverwaltungsamtes beigelegt werde.

**zu 11.8   Anfrage Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu Auszahlungen freiwilliger Leistungen an Vereine**

---

Zum Thema Haushalt merkte **Herr Scholtyssek** an, dass es nach der Genehmigung des Haushaltes am 23.01.2015 eine Pressemitteilung der Stadt gab, dass diese jetzt in der Lage sei, die geplanten Gelder für Vereine und freie Träger freizugeben.

In diesem Zusammenhang fragte er an, ob die Gelder, wie ursprünglich vorgesehen, ausgezahlt werden oder nur in verminderter Höhe und ob zugesichert werden kann, dass alle Vereine ihr Geld bekommen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** betonte, dass keine Haushaltssperre vorliege. In der Haushaltsverfügung wurden, wie im letzten Jahr auch, alle Bereiche in der Stadtverwaltung angewiesen, nach der Verfügung zu verfahren. Es sei zu belegen, auf welcher Grundlage, gerade auch bei den freiwilligen Leistungen, die Mittel abgerufen werden.

Die Vereine bekämen auf Antragstellung des jeweiligen Fachbereiches die Mittel ausgezahlt. Eine interne Belegung und Begründung sei jedoch notwendig.

**zu 11.9 Anfrage Frau Dr. Bergner, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Sanierung der Grundschulen in Heide-Nord und in der Frohen Zukunft**

---

In Bezug auf die Grundschule in Heide Nord und in der Frohen Zukunft fragte **Frau Dr. Bergner** an, wann eine Sanierung erfolgt und wie die Planung, Umsetzung und Perspektive aussieht.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 11.10 Anfrage Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Bedarfsliste von Fahrradabstellanlagen**

---

**Herr Peinhardt** fragte an, ob es möglich wäre, die Bedarfsliste von Fahrradabstellanlagen auf der Webseite der Stadt Halle zu aktualisieren und die einzelnen Posten mit der finanziellen Ausstattung zu hinterlegen.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, sagte eine Prüfung und, wie im Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsberatung zugesagt, durch die betroffenen Bereiche in der Verwaltung eine Abarbeitung der Liste zu.

**zu 11.11 Anfrage Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Aufstellung von Bänken an Haltestellen**

---

Bezüglich der Prioritätenliste zur Aufstellung von Bänken an Haltestellen fragte **Herr Peinhardt** nach dem aktuellen Stand und dem Zeitpunkt der Umsetzung.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Einen abschließenden Umsetzungstermin sehe er mit Blick auf die Vielzahl von Haltestellen, bei denen noch Handlungsbedarf besteht und dem zur Verfügung stehenden Budget, jedoch erst in weiter Zukunft.

**zu 11.12 Anfrage Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu einem Flächentausch**

---

**Herr Bönisch** informierte darüber, dass ihm im Zusammenhang mit der Wegeplanung in der Frohen Zukunft auf Anfrage von der entsprechenden Mitarbeiterin im Land mitgeteilt wurde, dass eine umfangreiche Planung und ein sehr komplexer Flächentausch von Stadt und Land vorgenommen werde. Er fragte an, ob die Verwaltung in die Gespräche involviert sei.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, verwies auf das an mehreren Stellen bestehende Interesse des Landes und auch der Stadt, welches auf höchster Ebene von Seiten der Stadt und dem Ministerium besprochen werde.



**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte darauf aufmerksam, dass es zwar Vorgespräche gäbe, aber noch keine Liste zum Flächentausch in der Stadt eingegangen sei.

#### **zu 11.13 Anfrage Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu Nutzungsgebühren für Sportvereine**

---

Bezugnehmend auf ein Schreiben an die Sportvereine zu den gestiegenen Kosten der Nutzungsgebühren für Schwimmhallenbahnen machte **Herr Bönisch** darauf aufmerksam, dass es noch keine konkrete Beschlussfassung zur Umlage der Kosten auf die Vereine gab.

Die gestiegenen Betriebskosten könnten nur durch Zuschusserhöhung an die Bäder GmbH durch die Stadt Halle kompensiert werden.

Weiterhin machte **Herr Bönisch** darauf aufmerksam, dass geregelt sei, den Vereinen im März jeden Jahres eine verbindliche Aussage zu den Kosten des nächsten Jahres zu geben. Dies sei aber erst mit der Haushaltsdebatte schlüssig zu lösen. Er fragte an, ob der Verwaltung das Problem bekannt sei und wie damit umgegangen werde.

**Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, bestätigte die Problematik, machte jedoch deutlich, dass der Bäder GmbH keine Zuschusserhöhung in Aussicht gestellt werden könne. In der mittelfristigen Planung sei der gleiche Betrag, wie im vergangenen Jahr vorgesehen, eingestellt. Fristwährend müsste die Geschäftsführerin der Bäder GmbH Maßnahmen ergreifen, um die Deckungslücke zu schließen.

Durch **Herrn Bönisch** wurde noch einmal klargestellt, dass den Vereinen verbindliche Zusagen gemacht werden müssen, damit diese Planungssicherheit herstellen können. Auch habe es eine hohe politische Brisanz, welche Preise durch die Vereine zu zahlen seien. Diese Entscheidung könne man nicht allein der Bäder GmbH überlassen.

In diesem Zusammenhang bat er die Verwaltung um die Erstellung entsprechender Maßnahmen und Information an die Vereine und regte an, diese Maßnahmen in die Gremien des Sport- und des Finanzausschusses sowie in den Stadtrat einzureichen.

#### **zu 11.14 Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu EU-Fördermitteln**

---

Bezugnehmend auf das am Montag stattgefundene Forum Kultur fragte **Frau Dr. Brock** an, ob es möglich sei, zeitnah im Kultur- oder im Hauptausschuss darüber zu informieren, was die Stadt für Möglichkeiten haben, an die EU-Fördermittel zu partizipieren.

**Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, welche an der Veranstaltung teilnahm, sagte eine Information im nächsten Kulturausschuss zu.

#### **zu 11.15 Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Raumkonzept der Stadt Halle**

---

**Herr Feigl** zeigte sich erstaunt über die Äußerungen von Herrn Oberbürgermeister in der Presse zum Neubau eines Verwaltungsgebäudes am Riebeckplatz. Um dafür die richtige Entscheidung treffen zu können und die Gesamtzusammenhänge zu verstehen, sei erst einmal ein Raumkonzept der Stadt erforderlich.

Außerdem erstaune ihn die Aussage, dass die HWG an einem Konzept zur Kostenschätzung gearbeitet habe, welches die Rentabilität eines solches Baues darstellt.

Er wünsche sich solche Konzepte aus der Verwaltung heraus und nicht von demjenigen, der letztendlich die Umsetzung durchzuführen habe.

In diesem Zusammenhang fragte **Herr Feigl** an, ob im März 2015 das Raumkonzept vorliege und ob dieses eine Diskussionsgrundlage über mögliche Optionen zum Standort darstellen wird.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte darauf aufmerksam, dass er eine klare Vorstellung im Hinblick auf die Gestaltungsmöglichkeiten des Riebeckplatzes habe. Im März soll eine Verwaltungsmeinung dazu gebildet, eine Vorlage vorbereitet und diese im April in den Gremien zur gemeinsamen Diskussion und Beratung vorgestellt werden.

**Herr Feigl** verwies darauf, dass es im gegenseitigen Umgang im Sinne des gemeinsamen Zieles der bessere Weg sei, sich frühzeitig gemeinsam mit den Grundlagen zu beschäftigen und eine gemeinsame Linie zu erarbeiten und der Öffentlichkeit vorzustellen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte deutlich, dass zu diesem umfangreichen Komplex die Meinung der Verwaltung zur Diskussion vorgelegt werde.

#### **zu 11.16 Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Speedskate-Anlage**

---

In Bezug auf das Thema Speedskate-Anlage wies **Frau Wolff** darauf hin, dass sie von der Verwaltung eine Klarstellung dahingehend erwartet hätte, dass hier ein Fehler durch die Verwaltung gemacht wurde. Ihrer Meinung nach werde jetzt der Verein mit seinem Problem allein gelassen.

Die Antwort der Verwaltung auf die Einwohnerfrage von Frau Backstein sei sehr unbefriedigend gewesen und sie hoffe auf einen positiven Ausgang nach der Mitgliederversammlung.

Des Weiteren bat sie um Auskunft darüber, wer die bisher aufgelaufenen Kosten tragen soll, welche der Verein selbst nicht aufbringen könne.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine Beantwortung der Anfrage im nicht öffentlichen Teil der Stadtratssitzung zu.

**zu 11.17 Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Auszahlung der Fördermittel an Vereine**

---

**Frau Wolff** informierte darüber, dass sie von Vereinen darauf hingewiesen wurde, dass aufgrund der Haushaltssperre keine Auszahlung der Fördermittel erfolge. Sie fragte nach, wie viel Vereine davon betroffen seien.

Laut Aussage von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** werde der Haushalt sieben Tage ausgelegt. Diese Frist sei erst am Freitag abgelaufen, so dass im Vorfeld keine Auszahlungen erfolgen konnten. Zur weiteren Verfahrensweise berief er sich auf seine Beantwortung der Anfrage von Herrn Scholtyssek zum gleichen Thema.

**zu 11.18 Anfrage Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu Baumfällungen in Halle-Neustadt**

---

Bezug nehmend auf die Baumfällungen in der Albert-Einstein-Straße und in der Hallorenstraße in Halle-Neustadt informierte **Herr Schachtschneider** über schriftliche Anfragen von mehreren Bürgern an die Stadtverwaltung zu diesem Thema, welche bis heute nicht beantwortet worden sind.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 12 Anregungen**

---

**zu 12.1 Anregung Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Zusammenarbeit mit der Stadt Leipzig**

---

**Herr Doege** regte an, dass Herr Oberbürgermeister in einem seiner nächsten Berichte über die Zusammenarbeit der Stadt Halle mit der Stadt Leipzig berichtet.

**zu 13 Anträge auf Akteneinsicht**

---

**zu 13.1 Antrag auf Akteneinsicht der SPD-Stadtratsfraktion Akteneinsicht Deichbau Gimritzer Damm**

---

Entsprechend § 16 der geltenden Geschäftsordnung des Stadtrates beantragt die SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Akteneinsicht in folgende Unterlagen:

- Alle Dokumente und schriftlichen Korrespondenzen zum Deichbau am Gimritzer Damm sei Juni 2013.

**Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, beendete den öffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates vom 25.02.2015.

---

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister

---

Hendrik Lange  
Vorsitzender des Stadtrates

---

Anja Schneider  
Protokollführerin